

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

156 (8.7.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restante-Millimeterzeile 20 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Abrechnung der Verlagsstellen, bei geschäftlicher Betrachung und bei Restante nach Vereinbarung. Die Geschäftsstelle ist in Karlsruhe L. 2. o. Sölich der Anzeigen-Anstalt 8 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Über Zahlung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.00 Mark o. Glasverlauf 18 Pfennig o. Erhöht 8 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postkonten 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Malstraße 28 o. Januar 2020 und 2021 o. Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; Z.-Baden, Jagdstraße 12; Kallat, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Kummer 156 Karlsruhe, Dienstag, den 8. Juli 1930 50. Jahrgang

Deckungsprogramm vor dem Reichstag

Scharfe Kritik der Sozialdemokratie

Berlin, 7. Juli. (Eig. Draht.) Die Montagssitzung des Reichstags mit dem

Beginn der Finanzdebatte brachte keinerlei Seniation.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erläuterte in allemnächtlicher Art sein Deckungsprogramm. Sachlich neues brachte die Rede kaum, weil sich Dietrich schon, wie bereits mitgeteilt, in der Sitzung des Reichsrats ausführlich geäußert hat. Die Rede war immerhin bemerkenswert durch einige Streiflichter, die Dietrich über die Steuerpolitik machte. Er meinte u. a., daß die Not der Gemeinden zum Teil durch diese selbst hervorgerufen sei, weil sie leicht und unverantwortlich geirrt hätten. Eine große Schuld an den schiefen Gemeindefinanzen hätte jedoch auch noch die Erwerbslosigkeit. Mit den jetzt in den Reichshaushalt einfließenden Mitteln werde man nur dann durchkommen können, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung reiflos durchgeführt werde. Als große finanzpolitische Ziele über das jetzige Deckungsprogramm hinaus bezeichnete der Reichsfinanzminister: 1. Ordnung der Gemeindefinanzen, 2. Umbau und Senkung der Reichsteuern, 3. Andere Verteilung der Steuerquellen und des Steueraufkommens. Die Gemeindefinanzen könnten nicht nur von oben durch Reichsmaßnahmen in Ordnung gebracht werden. Man müsse den Gemeinden durch eigenen Steuerzuwachs, Verwaltungsvereinfachung und Gemeindefinanzreform helfen. Es erhebe sich daraus auch sofort die Frage, will man nur eine oder beide Steuern erhöhen, oder soll man die Gemeinden zur Erhebung dieser Steuern ermahnen oder verpflichten. Der Verwaltungsvereinfachung müßte unbedingt den Gemeinden bleiben. Man berechnete, daß er im Jahr 212 Millionen Mark für alle Gemeinden im Reich einbringen könne. Eine Erhöhung wolle er, daß gerade diese sogenannte Kopfsteuer in vielen Fällen nicht einzubringen sei. Von der Getränkesteuer und dem Branntwein solle eine Erhöhung in Aussicht genommen werden, wobei er allerdings läßt, daß

die Branntweinsteuern viel mehr als die Reichsteuern betragen auf die Verbraucher gelegt

wären. Hinsichtlich der Besteuerung öffentlicher Betriebe warte die Regierung das Ergebnis der derzeitigen Erhebungen ab. Bei dem geplanten Ausbau des Finanzwesens denke der Finanzminister vor allem an Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer einschließlich der Lohnsteuer. Er wolle allerdings hinzu, niemand könne wissen, ob und wann diese Steuern gesenkt werden könnten. Schließlich sprach der Minister für die endgültige Regelung des Steueranschlusses zwischen Reich und Ländern. Wenn die Haus- und Grundsteuererträge nicht mehr für den Wohnungsbau gebraucht werden, müsse man sie zur Senkung der Realsteuern benutzen. Wichtig ist bei den vom Minister geäußerten Ansichten, daß in guten wirtschaftlichen Zeiten Arbeitsplätze für Monate und Jahre künftiger Arbeitslosigkeit gemacht werden sollten. Man brauche eine Wanderrichtung an Arbeit, um jederzeit öffentliche Aufträge vergeben zu können. Dazu müsse man allerdings finanzielle Reserven haben. Als Dietrich schloß, fand er auf seiner Seite des Hauses Beifall. Auch die Reichsgruppenparteien sind ohne jede Begeisterung für das Deckungsprogramm.

Hrs. Dr. Herz (Soz.) hielt als Antwort eine sachliche und dennoch scharf zugespitzte Drohredenrede. Wenn auch Dr. Dietrich zweifellos höhere finanzielle Qualitäten als sein Vorgänger Dr. Moldenbauer, so ist doch auch diesmal der Eindruck unüberwindlich, daß die tieferen Sozialisten und auch der soziale Ernst auf Seiten des finanzpolitischen Führers der Sozialdemokratie liegt. Dr. Herz ging von der Tatsache aus, daß die Bekämpfung der Wirtschaft nur durch Ordnung der öffentlichen Finanzen möglich ist. Unordnung der Finanzen bringe Unruhe in die Wirtschaft und erhöhe die Produktionskosten.

Herz betonte, daß durch die Maßnahmen der Regierung die Geländung der Finanzen erreicht werde.

Sofortlich nimmt Dr. Dietrich diese Mahnung ernst als sein Vorgänger Dr. Moldenbauer, der nicht so rasch abgelehnt wäre, wenn er sich die Warnungen von Dr. Herz annähere gemacht hätte. Einen Grundfehler sieht Dr. Herz in der Deckungsplanung für die jetzt beschriebenen Beschäftigungsmaßnahmen, abgesehen von der Verteilung der Wirtschaft und damit eine weitere Verschlechterung der Finanzen wahrscheinlich sei. Man solle die Situation nicht leichter sehen als sie ist, es seien wirklich durchgreifende Maßnahmen erforderlich. Berechnete man diese, dann würden der Wirtschaft in Zukunft noch höhere Lasten auferlegt werden müssen. Dr. Herz hielt höhere Steuern als je jetzt vorgeschlagen werden, auf die Dauer für unvermeidlich. Er verweist auf

England, wo der Finanzminister jetzt Erhöhung der Einkommens- und Erbschaftsteuer um 10 v. S. vorgeschlagen habe. Eine Maßnahme, von der nur ein Viertel der Steuerpflichtigen, und zwar die hohen und höchsten Einkommen allein betroffen werden. Bei aller Anerkennung des Unterschieds zwischen England und Deutschland bleibe doch ein erhebliches Plus zugunsten der englischen Steuerpolitik.

Dr. Herz hielt

Erparnisse im Reichshaushalt in Höhe von 200 Millionen Mark für möglich, doch nicht auf dem Wege der Ermäßigung.

Die Sozialdemokratie lehne eine solche Ermäßigung an die Reichsregierung ab, und zwar 1. weil sie das Eintreten des Reichstags verleihe, 2. weil sie das Verantwortungsgewußt des Parlaments abschwäche, 3. weil dadurch der Wille des Parlaments verflüchtigt werde.

Unter größter Aufmerksamkeit des Hauses griff Dr. Herz den Reichswehretat an. Er wies nach, daß innerhalb der kurzen Zeit von 11 Jahren, die die Reichswehr betriebe, die Penzionslast auf 72 Millionen Mark im Jahr hinaufgeschwollen sei. Wo soll das hin-

führen? Auch große bürgerliche Zeitungen, wie die Kölnische Zeitung und die Kölnische Volkszeitung verlangen Senkung des Reichswehretats. Herz forderte

Schluß mit der Subventionspolitik

auch an die lebensfähigen Länder.

Den sozialdemokratischen Antrag auf Pensionstützung machte der Sozialdemokratische Redner zu einem Kernstück der sozialdemokratischen Finanzpolitik. Diese Kürzung sei notwendig aus Gründen der Gerechtigkeit und der politischen Psychologie. Die Sozialdemokratie werde auf Erledigung noch vor der Verlegung bestehen, und ihre Stellungnahme zu den Finanzvorlagen gerade von der Senkung der hohen Pensionen abhängig machen.

Zur Biersteuer

meinte Herz, daß die Verbraucher nicht mehr als jetzt zu zahlen gehabt hätten, wenn man gleich mit der Biersteuer höher hinaufgegangen wäre. Jetzt müsse man gegen eine weitere Erhöhung der Biersteuer Bedenken tragen. Die Frage des Bierhandelsmonopols sei durchaus erwähnenswert. Herz forderte weniger Schonung bei den Steuerbefreiungen und höhere Anspannung der Vermögenssteuer. Er wies die bürgerlichen Parteien, die nicht widersprechen könnten, nachdrücklich darauf hin, daß sie jetzt auf die sozialdemokratische Forderung eines allgemeinen Aufschlags für die Steuer aller Leistungsfähigen zurückgreifen müßten. Den Einwand der Kapitalisten habe man fallen lassen, man habe jedoch einen zu geringen Prozentsatz des Aufschlags angenommen, weil man die hohen Einkommen schonen wolle. Würde man auf die wirklich leistungsfähigen Steuerpflichtigen 10 Prozent Aufschlag zur Einkommensteuer erheben, so könne man die Vermögenssteuer vermeiden. Diese Steuer sei kompliziert, sie dürfe nicht in das deutsche Steuerwesen, bringe unerhörte Härten und werde eine dauernde Verärgerung hervorrufen.

Das Lotteriewesen der Beamten sei unklar und oben zu leicht. Die Lotteriesteuer habe man fallen lassen, aber die Sonderbesteuerung für die behördlichen Angestellten sei in den Vorlagen. Das charakterisierte die Reichsregierung. Herz wandte sich

scharf gegen die Pläne auf Lohnsenkung, die eine Verhängung der Krise bedeute. Von „Führung“ rede die Regierung, aber in Wirklichkeit sei keine Führung zu beobachten. Sie regiere nicht durch Führung, sondern durch

Gewährung von Trinkgeldern an die Interessentengruppen.

Internationaler Gewerkschaftskongress

Stark besuchte Tagung in Stockholm

Stockholm, 7. Juli. (Eig. Draht.) Am Montag wurde der fünfte ordentliche internationale Gewerkschaftskongress in Stockholm im Konzerthaus eröffnet. 240 Delegierte aus Deutschland, Belgien, Kanada, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn nahmen an der Eröffnungssitzung teil. Durch Beobachter sind vertreten: Ägypten, Australien, Britisch-Indien, Finnland, Japan, Cuba, Neuseeland und Norwegen.

Jouhaux-Francois eröffnete im Namen des Vorstandes des IGB, an Stelle des erkrankten Präsidenten Citrine den Kongress. Er gab in seiner Begrüßungsrede einen kurzen Überblick über die Arbeiten des IGB. Seit der Wiederaufrichtung desselben im Jahre 1919 in Amsterdam durch eine Zusammenfassung der auf dem Stockholmer Kongress zur Verhandlung stehenden Probleme. Er betonte, daß Leipzig, der Vorstand der deutschen freien Gewerkschaften noch immer gesundheitslich nicht auf der Höhe sei und infolgedessen nicht nach Stockholm habe kommen können. Auch der seit der letzten Tagung des IGB. verstorbene Gewerkschaftsführer, vor allem des Vorsitzenden der schwedischen Landesorganisation, Thorberg, gedachte Jouhaux.

Die Bedeutung des IGB für die zwischenstaatliche Entwicklung im letzten Jahrzehnt wurde von Jouhaux eingehend geschildert. Die Gewerkschaften, so führte er aus, bekennen freimütig, daß nicht alle Ziele, die sie sich derzeit in Amsterdam und später in London gesetzt haben, erreicht worden sind. Der Kampf in dem verflochtenen noch unter dem Zeichen der Krisenwirkungen lebenden Jahrzehntes ist schwer und wechselhaft gewesen. Es muß jedoch als unerwarteter Erfolg der internationalen Gewerkschaftsbewegung angesehen werden, daß sie nicht nur die Position gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen verstanden hat, sondern auch ihre eigene Zukunft sichern konnte. Auf die Liquidation des Krieges, die heute noch keineswegs durchgeführt ist, wie auf die Organisation des Friedens könne die IGB. mit Genugtuung zurückblicken.

Verstimmung über Dietrich

Es wird wieder vom § 48 geredet

Berlin, 8. Juli. (Funkdienst.) Die gestrige Rede des Reichsfinanzministers hat sowohl im Lager der Deutschen Volkspartei als auch der Demokraten ziemliche Verstimmung hervorgerufen. Die Volkspartei hat noch am Montagabend gegenüber dem Zentrum und dem Reichstagsführer Brüning heftige Beschwerden geführt. Die Demokraten hielten wegen der gegen den Hanjahnud gerichteten Angriffe noch am Montagabend eine Fraktionssitzung ab, in der Reichsfinanzminister Dietrich — wie es heißt — „einige notwendige Aufstellungen gab“.

Es ist nach alledem nicht von der Hand zu weisen, daß die Situation trotz der an sich ziemlich geschickten Rede des Reichsfinanzministers eher eine Verschärfung als eine Entspannung erfahren hat und die seit Tagen so optimistische Regierung Brüning sich wieder einmal ernsthaft den Kopf darüber zerbricht, wie sie für ihre Deckungsvorlagen eine Mehrheit im Parlament erreichen kann. Angesichts dieser Situation gewinnt die Möglichkeit, daß die Deckungsvorlagen der Regierung aufgrund des § 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt werden, mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit. Die Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages dürften darüber schon in den nächsten Tagen die erforderliche Klarheit schaffen.

Der geplante Abbau der Sozialpolitik, die unsozialen Steuervorschläge, die Zollpolitik, die die Wirtschaftslage erschwere, der hemmende Druck auf die Kartelle, die Preisenkama, die Ausnahmesteuer für die Konsumvereine und Warenhäuser, alles das zwingt die Sozialdemokratie,

dieser Regierung allein die Verantwortung für das zu lassen, was das Kabinett Brüning angerichtet habe.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschränkte sich auf eine formulierte Erklärung, die Hugenberg parlamentarischer Agent, Herr Dr. Oberfohren, verlas. Er bringt die alten Redensarten von Tributverpflichtungen und Beginn der Youngkriege vor, die schon deshalb so unwahrhaftig sind, weil unter einer Regierung von Deutschnationalen nicht weniger, sondern höhere Tributlasten gefordert worden wären. Gegen die Sondersteuer der Beamten haben die Deutschnationalen an sich nichts einzuwenden, aber sie wollen nicht, daß diese Sondersteuer in die allgemeine Finanzwirtschaft hineingeworfen wird. Die ganz brutale Volksfeindlichkeit der Deutschnationalen unter Führung Hugenberg wird durch die Vorschläge gekennzeichnet, durch die die Deutschnationalen den Fehlbetrag vermeiden wollen. Kein Wort von einer Senkung der Ausgaben für den Heeresbedarf, aber dafür die Forderung auf Senkung der Sozialausgaben und Befreiung der Betriebe der öffentlichen Hand, was Erhöhung der städtischen Lasten bedeuten würde, und schließlich vor allem die Kopfsteuer für die Gemeinden. Dr. Oberfohren erklärte unter Hochgelächter der Sozialdemokratie, daß die jetzige Reichsregierung eine sozialistisch-konfessionelle Politik betreibe. Daraus läßt sich erkennen, wach eine geradezu verächtliche Steuerpolitik betrieben werden würde, wenn erst Herr Hugenberg und Hitler ihr „drittes Reich“ gegründet haben würden.

Nach der Erklärung Dr. Oberfohrens muß man eigentlich annehmen, daß die Deutschnationalen geschlossen und unbedingt gegen die Regierungspläne der Reichsregierung stimmen werden. Aber man nimmt die deutschnationale Festigkeit im Reichstag nicht ernst. Die deutschnationale Fraktion gehört zu den Gruppen, die dringend gern Trinkgelder entgegennehmen, um darnach ihre Haltung zu ändern. Wenn ein entsprechendes Geschäft zwischen Hugenberg, Brüning und Schiele gemacht werden kann, wird Herr Dr. Oberfohren als getreuer Fridolin seines Chefs Hugenberg in 8 oder 10 Tagen eine Erklärung im Reichstag verlesen, die das Gegenteil seiner Erklärung von heute enthält. Weiterberatung Dienstag.

Abstriche am Auswärtigen- und Reichswehretat

Berlin, 8. Juli. (Funkdienst des SPD.) Von den von der Reichsregierung geplanten Abstrichen am dem Etat sollen, wie aus von unterrichteter Seite berichtet wird, in erster Linie die Ausgaben des Auswärtigen Amtes und des Reichswehretats betroffen werden. Die an dem Reichswehretat vorgesehenen Abstriche umfassen angeblich Summen in Höhe von 35 Millionen Mark. Abstriche in ähnlicher Höhe sind an dem Etat des Auswärtigen Amtes geplant. An dem Etat des Reichsarbeitsministeriums sollen keinerlei Abstriche vorgenommen werden.

Kein Widerruf des Düsseldorf Mörders

Der Reichsarbeitsminister hat, bei der Kürzung weiter ihn selbst belastende Aussagen gemacht. Die Kriminalpolizei weist darauf hin, daß vom Tage der Verhaftung Kürzens an das Bestreben der vernehmenden Beamten dahin ging, die Selbstgeständnisse soweit wie möglich an der Welt zu lassen. Eine Zurücknahme von Geständnissen durch Kürzens würde ohne jede Bedeutung sein, da ihm die einzelnen Fälle einwandfrei nachgewiesen werden konnten.

Deutschland und Frankreich

Pause in den Saarverhandlungen

Die Meinungsverschiedenheiten werden überprüft
 Paris, 7. Juli. Im Verlaufe der Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen dem Führer der deutschen und der französischen Delegation für die Saarverhandlungen, Staatssekretär a. D. von Simion und Minister der öffentlichen Arbeiten, Bernot, stattgefunden haben, ist festgestellt worden, daß über gewisse Fragen, die von beiden Regierungen als wesentlich angesehen werden, noch wie vor sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Mit Rücksicht hierauf ist im beiderseitigen Einvernehmen in Aussicht genommen worden, die Verhandlungen möglichst zu suspendieren. Beide Regierungen werden die Pause benutzen, um die Lage zu prüfen.

Befreiungsfeier der pfälzischen Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie der Pfalz, die es abgelehnt hatte, an der offiziellen Befreiungsfeier der Regierung teilzunehmen, veranstaltete in Ludwigshafen eine eigene Befreiungsfeier in Form eines pfälzischen Arbeiterfestes. An der Kundgebung beteiligten sich die Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Sports- und sonstige kulturelle Arbeitervereine mit ihren Fahnen und Festwagen. Zehntausende umtrabten die Straßen, die der Zug passierte. In der Festhalle, die 10 000 Personen faßt, hielten Gen. Vogel (Berlin) für die deutsche und Gen. Brade (Paris) für die französische Sozialdemokratie Ansprachen für Rülckverhandlung und Rülckverhandlung. Gefanalische und sportliche Vorführungen umtrabten die Kundgebung.

Französische Gedanken zur Zusammenarbeit

Sauerwein über Deutschland
 Der Außenpolitiker des Matin, Sauerwein, den seine Enquete über die Aufnahme des Briand'schen Memorandums über die föderative Gestaltung Europas nach Mitteleuropa und nach Skandinavien geführt hatte, kommt zu dem Ergebnis, daß nur durch eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland dieser Plan realisierbar sei und daß er realisiert werden müsse, welche Hindernisse sich ihm auch jetzt noch entgegenstellen mögen. Er habe während seines Aufenthalts in Deutschland festgestellt, daß nirgendwo ein tieferer Gedanke gehegt werde, freilich hoffen gewisse Leute auf Rußland oder Italien.
 Der einseitige Staat, den Deutschland heilen könne, eine bessere Regelung der Reparationen durch ein freundliches Abkommen mit Amerika zu erlangen, der einseitige Staat auch, der die Rückkehr zu einem vernünftig aufzufassen und eines großen Landes würdigen Militärführers ermögliehen könne; der einseitige, der ihm in den Grenzen des Möglichen die Kontinuität seiner Verbindungsweise mit Ostpreußen wieder verschaffen könne, sei jetzt Frankreich. Deshalb glaube er, Sauerwein, daß Deutschland trotz aller Zwischenfälle und Aufreizungen an Frankreichs Seite stehen werde, um Europa neu zu schaffen. Augenblicklich gebe es in Deutschland 2 800 000 Arbeitslose. Das seien keine chronischen und deprimierten Arbeitslosen wie in England, sondern arbeitswillige Menschen, die wirklich unter Untätigkeit und ihrer Notlage litten. Wenn die

Abfahrmärkte und die Ausichten für die Zukunft sich bessern würden, werde seiner Ansicht nach der gesunde Menschenverstand in Deutschland den Sieg davontragen.

Französische Vorstellungen wegen Rheinlandvorgänge

Die Folgen der Exzesse
 Berlin, 8. Juli (Funkdienst). Auf die gestrigen Vorstellungen des französischen Botschafters in Berlin wegen der Gewalttaten gegen Separatisten im Rheinland hat der Reichsaußenminister a. a. erwidert, daß die Reichsregierung die Gewalttaten verurteilt und sich der Umfang der Ausschreitungen psychologisch aus dem Ausbruch der Leidenschaft über das hochverräterische Treiben der Separatisten erkläre. Der Reichsaußenminister hat ferner dargelegt, welche Maßnahmen die Reichsregierung von sich aus und auf ihre Veranlassung die Landesbehörden zur Durchführung der Amnestievereinbarungen ergreifen haben.
 Bekanntlich hat sich Deutschland durch Amnestieerzträge ausbrüchlich verpflichtet, Vergeltungshandlungen an ehemaligen Separatisten zu verhindern.

Falsche Gerüchte um Hindenburgs Rheinlandreise

Deutschnationale versuchen Außenpolitik für innerpolitische Zwecke zu mißbrauchen
 Die Meldungen eines Pariser Blattes, das die französische Regierung gegen die bevorstehende Rheinlandreise des Reichspräsidenten in Berlin diplomatische Vorstellungen haben erheben lassen, trifft nicht zu.
 Wir würden auf die Sache nicht weiter eingegangen sein, wenn die Falschmeldung nicht von der deutschnationalen Presse als Sensation hingenommen und in großer Aufmachung benutzt zum Zwecke der Stimmungsmache gegen Frankreich verbreitet worden wäre. Was der französische Regierung in der betreffenden Falschmeldung unterstellt wird, d. h. Hindenburgs Reise in das besetzte Gebiet zu verhindern, ist in Wirklichkeit die Absicht der Deutschnationalen. Maßgebende deutschnationale Persönlichkeiten haben in letzter Zeit wiederholt versucht, auf den Reichspräsidenten dahin einzuwirken, daß er sich nur unter gewissen Konzeptionen, welche die preußische Regierung zu machen hätte, in das ehemals besetzte Gebiet begibt. Wieder einmal wurde damit von der deutschnationalen Seite versucht, den Reichspräsidenten zur Erpressung eines Zugeständnisses von preussischer Seite zu mißbrauchen.
 Wir können uns nicht vorstellen, daß die preussische Staatsregierung zu dem neuesten und ferneren Ziel der deutschnationalen Parteiführung stehen wird, und wir können uns noch weniger vorstellen, daß der Reichspräsident auf seine im Dienste einer gemeinsamen Sache gedachten Rheinlandreise verzichtet, nur um einer deutschnationalen Parteilangeweisheit irgend welchen Vorstoß zu leisten. Der Fall setzt jedoch den verlustigen Mißbrauch der Außenpolitik für innerpolitische Zwecke der Deutschnationalen.

Wir können uns nicht vorstellen, daß die preussische Staatsregierung zu dem neuesten und ferneren Ziel der deutschnationalen Parteiführung stehen wird, und wir können uns noch weniger vorstellen, daß der Reichspräsident auf seine im Dienste einer gemeinsamen Sache gedachten Rheinlandreise verzichtet, nur um einer deutschnationalen Parteilangeweisheit irgend welchen Vorstoß zu leisten. Der Fall setzt jedoch den verlustigen Mißbrauch der Außenpolitik für innerpolitische Zwecke der Deutschnationalen.

Wir können uns nicht vorstellen, daß die preussische Staatsregierung zu dem neuesten und ferneren Ziel der deutschnationalen Parteiführung stehen wird, und wir können uns noch weniger vorstellen, daß der Reichspräsident auf seine im Dienste einer gemeinsamen Sache gedachten Rheinlandreise verzichtet, nur um einer deutschnationalen Parteilangeweisheit irgend welchen Vorstoß zu leisten. Der Fall setzt jedoch den verlustigen Mißbrauch der Außenpolitik für innerpolitische Zwecke der Deutschnationalen.

Wir können uns nicht vorstellen, daß die preussische Staatsregierung zu dem neuesten und ferneren Ziel der deutschnationalen Parteiführung stehen wird, und wir können uns noch weniger vorstellen, daß der Reichspräsident auf seine im Dienste einer gemeinsamen Sache gedachten Rheinlandreise verzichtet, nur um einer deutschnationalen Parteilangeweisheit irgend welchen Vorstoß zu leisten. Der Fall setzt jedoch den verlustigen Mißbrauch der Außenpolitik für innerpolitische Zwecke der Deutschnationalen.

Faschistenaufmarsch in Finnland

Die Rolle der neuen Regierung
 Helsinki, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die neue bürgerliche, ausgesprochen reaktionäre Koalitionsregierung Soininvaara hat sich in einer Kundgebung auf die Seite der Lapo-Leute gestellt. Dieser Kundgebung, die von der Regierungsbildung zwei Ministerkabinete angeordnet, aber diese Leute lehnten es ab, sie forderten drei. Die Regierung hat von den Lapo-Leuten keine Zusagen erhalten, alle weiteren Kaufverhandlungen einzustellen.
 Der neue Innenminister hat beide Volksbühnen in Helsinki schließen lassen. Dies trifft die Gewerkschaften und andere Arbeiterverbände, besonders den Arbeiterportband, hart, da sich die Büroräume dieser Verbände in den geschlossenen Volksbühnen befinden und die Büroarbeiten auf unbestimmte Zeit lahmgelegt sind. Weit ist die sofortige Verhaftung aller noch auf freiem Fuße befindlichen kommunistischen Reichstagsabgeordneten angeordnet worden.
 Der Aufmarsch der Lapo-Bewegung, die sich die Bekämpfung der Kommunisten zum Ziele gesetzt hat und sich hauptsächlich um Bauern gruppiert, ist ruhig verlaufen. Am dem Aufmarsch beteiligten sich etwa 10 000 Personen, die hauptsächlich in Sonderzügen nach der finnischen Hauptstadt transportiert wurden.
 Das Charakteristikum des Maritimes der Lapobauern auf Helsinki ist die Teilnahme des finnischen Reichspräsidenten und der gesamten Regierung an der Kundgebung auf dem großen Gassenplatz. Die Vertreter der Lapobewegung überreichten der Regierung am Montag eine Entschuldigungs- und in dem neuen Kabinett unter der Voraussetzung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß der Kommunismus restlos vernichtet werde.
 Die finnische Sozialdemokratie kämpft gegen die Lapobewegung einen heftigen Kampf. An der Montagkundgebung des finnischen Reichstags hat die sozialdemokratische Fraktion teilweise teilgenommen. Sie beabsichtigt jedoch, ihre weitere parlamentarische Mitarbeit nach einer Erklärung der Regierung über die Gründe der Verhaftung mehrerer kommunistischer Abgeordneten abhängig zu machen.

Kritik an Tardieu Steuerdruck

Vor dem Provinzialtag der Radikalen in Nancy liest Dardieu
 Die schärfste Kritik an der Politik der Regierung Tardieu, die allen Parteien habe man eine Politik des Realismus und der Prosperität angedeihen und habe nur das Gegenteil erreicht. In den letzten Jahren seien von der französischen Wirtschaft acht Milliarden Franken zu viel an Steuern erträgt und diese Milliarden seien purlos verbraucht worden. Weitere ungezügelter Mißwirtschaft seien in der Folge an der Börse verloren gegangen. Die Wirtschaftslage über Absatzlosigkeit und Schwierigkeiten im Export. Wenn Frankreich von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben sei, so sei dies nur deshalb der Fall gewesen, weil kein Geburtenüberschuß viel geringer sei als der Deutschlands, Italiens oder Englands. Wenn eine Linksregierung, etwa Perrot, derartige unangenehme Reaktionen erzielte, wenn eine Rechtsregierung das Rheinland geräumt oder die Douanengebiete unter lotharischen Bedingungen durchgeführt hätte, wäre sie einem Trommelfeuer der gesamten Presse ausgesetzt. Tardieu dagegen wisse sich die Presse zum Vorteil desogen zu machen.
 Diese Kritik, indes Dardieu, hätte unbedingt einmal gelüftet werden müssen und zwar gerade in Nancy, der Hochburg der französischen Reaktion.

Der Richter von Schweidnitz

Ein Verehrer Hitlers
 Im Anschluß an das Schweidnitzer Urteil schreibt der Normatist: Das zweite Urteil im Schweidnitzer Hakenkreuzprozeß hat eine Fall geschaffen; den Fall des Landgerichtsdirektors von Posen, des Vorsitzenden in diesem Prozeß. Seine Urteilsbearbeitung wurde zu einer Entschuldigungs- und auf einem Plaidoyer für die Nationalsozialistische Partei, auf einem Loblied auf Hitler.
 Vieles war ihm in diesem Prozeß das aber in der Urteilsbegründung der Vorsitzende erklärt, Hitler wäre „in seiner anspruchsvollen christlichen Weise gewiß auch von den bedauerlichen Handlungen der Angeklagten abgerückt“ — das ist empörend. Das ist die Begründung der Urteilsbegründung zu einem ausgesprochen politischen Zweck. Der Richter von Posen hat eine politische Demonstration geliefert. Eine Demonstration der Sympathie mit der Partei der Angeklagten und dem Führer dieser Partei. Dieser Richter von Schweidnitz scheint uns eher für das dritte Reich Hitlers geeignet zu sein denn als Richter der Republik!

Das Kästel des Lübecker Kindersterbens

Die im Auftrage des Reichsgesundheitsamtes nach Lübeck entsandte Kommission, der die Herren Professor Dr. Haendel, Direktor der bakteriologischen Abteilung, Professor Dr. Lubowitsch, Professor Dr. Lange vom Robert Koch-Institut und Dr. Mölling von dem gleichen Institut angehören, ist nunmehr nach Berlin zurückgekehrt und hat über das Ergebnis ihrer Lübecker Feststellungen über die Ursachen der Calmette-Katastrophe Bericht erstattet. Es ist nunmehr so gut wie endgültig festgestellt, daß das Calmette-Mittel in ordnungsmäßigem Zustand nach Lübeck gekommen ist, dort aber auf eine Weise verunreinigt wurde, durch die das Filtermaterial mit tödlichen Keimen verunreinigt worden ist. Außerdem wurden in Lübeck andere Nährböden zur Weiterzucht der Kulturen verwendet, als sie vom Professor Calmette vorgezeichnet werden. Beständig wird fernerhin das sachliche, geradezu verwerfliche Verhalten des Professors Danda, der es nach Bekanntwerden der ersten Todesfälle verabsäumt hat, das an die Bekanntheit und Werte ausgegebene lebensgefährliche Calmette-Präparat sofort zurückzuziehen. Endlich wurde festgestellt, daß die Reste des tödlichen Calmette-Mittels im Lübecker Krankenhaus weggeworfen worden sind, womit das wichtigste Beweismaterial, das zur Klärung der Katastrophe führen kann, vernichtet worden ist. Außerdem muß der Vorwurf erhoben werden, daß das in Lübeck angewandte Präparat vorher nicht an Tiere verimpft worden ist. Das ungeschickliche Verhalten Professor Danda versucht Professor Haendel durch die Erregung zu erklären, in der sich dieser Arzt nach Ausbruch der Katastrophe befand. Dem Calmette-Verfahren gegenüber selbst bewahrt das Reichsgesundheitsamt vorläufige Zurückhaltung.
 Drei weitere Todesopfer in Lübeck
 Die Zahl der Todesopfer bei den mit dem Tuberkulosepräparat gefütterten Säuglingen hat sich, wie das Lübecker Gesundheitsamt bekannt gibt, vom Samstag bis Montag um drei weitere Todesfälle auf 53 erhöht. Kranke sind 66, genesen 73, gesund 59 Kinder.

Das Urteil im Jornsprozeß aufgehoben

Leipzig, 7. Juli. In der Revisionsverhandlung des Falles Jorns vor dem zweiten Senat des Reichsgerichts verurteilt Senatpräsident Dr. Witt heute nachmittag nach dreistündiger Beratung folgendes Urteil: Die Revision Bornsteins wird verworfen. Auf die Revision des Nebenklägers wird das Urteil aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung an das Urteil aufgehoben an das Landgericht III zurückverwiesen.

Blutige Zusammenstöße

Bremen, 7. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages kam es anlässlich des Stahlhelmsparades wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Zahlreiche Personen wurden festgenommen. Polizeibeamte und Kommunisten wurden verletzt. Vertretene Polizei ging mit der blanken Waffe vor.

Mordprozeß Meußdörfer

Die Erklärungen Schuberts und Popp

Barreuth, 7. Juli. Heute vormittag begann vor dem Schwurgericht Barreuth der Prozeß gegen die beiden Arbeiter Friedrich Schubert und Hans Popp aus Kulmbach, denen zur Last gelegt wird in der Nacht vom 4. November 1929 in die Villa Meußdörfer in Kulmbach eingedrungen zu sein mit der Absicht, dort Gegenstände zu entwenden und den Kommerzienrat Meußdörfer zu töten. Bei diesem Einbruch haben die beiden Angeklagten die Frau Kommerzienrat Meußdörfer bei dem Versuch, sie zu knebeln und zu fesseln, gemordet. Frau Meußdörfer ist bald darauf an den Folgen der Mißhandlung gestorben. Schon im Oktober 1929 hatten die beiden Angeklagten, die schon jahrelang die Villa zu gelegentlichen Diebstählen aufgesucht hatten, dem Kommerzienrat Meußdörfer aufgelauert, um ihn zu verschleppen und so in den Besitz eines Wägelchens zu kommen. Dieser Versuch war jedoch gescheitert.
 Schubert gab bei seinem heutigen Verhör an, daß er in der fraglichen Nacht zusammen mit Popp in den Garten der Villa Meußdörfer eingedrungen war, um dem Kommerzienrat aufzulauern. Sie hätten sich zunächst in einer Aufwahrungshalle versteckt, um abzuwarten, bis im Hause alles ruhig geworden sei. In diesem Versteck hätten sie sich Gesichtsmasken angefertigt und auch Schnüre und Knebel zu sich gefickt. Schubert gibt im übrigen alles an, was er in der Voruntersuchung gefunden hat, befreit jedoch, daß er und Popp die Absicht gehabt hätten, Frau Meußdörfer zu töten oder auch nur zu martern.
 Nachmittags wurde der Angeklagte Popp, der schon fünfmal vorbestraft ist, vernommen. Seine Schilderung des Ueberalles auf

Frau Meußdörfer stimmt nicht ganz mit den Angaben Schuberts überein. Als die Frau geschrien hätte, habe er gesagt, was Schubert ihm vorher angetragen hat. Er weiß nur von einem Ankehlungsversuch, während Schubert von zwei Verletzungen berichtet. Als Frau Meußdörfer bei der Fesselung schreien wollte, habe Schubert sie mit Erstickens droht. Sein Geständnis habe er am 8. Februar widerrufen, weil er gehört habe, daß Schubert widerrufen habe. Seine Verteidigung dem Generalstaatsanwalt gegenüber, daß er nicht in der Villa war, habe er gegeben, um endlich einmal Ruhe zu haben.
 Gegen 9 Uhr wurde dann noch Brauereidirektor Wilhelm Meußdörfer und Kommerzienrat Meußdörfer vernommen.
 Brauereidirektor Meußdörfer gab an, daß 6000 M. zur Verfügung gestellt wurden, nachdem Oberkommissar Schiffer ihm das Verlangen des Schubert, ein Geständnis zu machen, mitgeteilt hatte. Auf Befragen des Verteidigers des Schubert erklärte der Zeuge, daß Frau Kommerzienrat Meußdörfer sehr hersehend war.
 Darauf wurde Kommerzienrat Meußdörfer vernommen, der aus sagte, er hätte etwa 15 bis 20 Minuten im Esszimmer geessen und im ersten Stock Geräusche gehört. Beim Hinausgehen habe er Klagen seiner Frau gehört und die Worte: „Heinrich hilf mir!“ Auch als er im Zimmer Licht gemacht hatte, rief seine Frau mehrmals: „Heinrich hilf mir, ich bin ernebelt!“ Er erklärte weiter, dem Bezirksarzt und die Polizei habe er erst in der Frühe verständigt, weil es ihm nach dem Tode seiner Frau so war, als ob man ihn an den Kopf geschlagen habe. Er habe an nichts mehr gedacht.
 Auf Befragen des Staatsanwalts verneinte der Zeuge, daß er sich an seiner Frau in jeder Zeit vergreifen habe. Daraufhin wurde der Zeuge verabschiedet.

Aus aller Welt

Conan Doyle gestorben

Der berühmte englische Kriminalromanschreiber Conan Doyle, der Schöpfer der Sherlock Holmes-Gigur, ist am Montag Mittag, 71 Jahre alt, in London gestorben.

Eröffnung eines Klammekongresses in Brüssel

Brüssel, 7. Juli. In Anwesenheit des Arbeitsministers von Canege wurde hier der Kongreß des kontinentalen Klammverbandes eröffnet, auf dem auch Deutschland vertreten ist.

Die Darmstädter Paratyphusfälle

Darmstadt, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Zu den Paratyphusfällen, die im Darmstädter Dialonienhaus Elisabethenstift vorgekommen sind, erfahren wir noch, daß von den 50 Erkrankten über ein Drittel auf Schwester n und Hausangehörige entfiel. Während drei der befallenen Patienten im Krankenhaus verstorben sind, befinden sich die anderen auf dem Wege der Besserung.

Unruhige Wahlen in Mexiko

Mexiko-Stadt, 7. Juli. Bei den Kongreßwahlen in Mexiko kam es an mehreren Orten zu schweren Zusammenstößen. In Mexiko-Stadt allein wurden 5 Personen getötet und 30 verletzt.

Starke Erdstöße in Spanien

In Madrid selbst wie in verschiedenen Provinzen, namentlich in Andalusien, auch in Sevilla wurde die Bevölkerung am Sonntag durch starke Erdstöße in Schrecken gesetzt und auf die Straße gejagt.

Tische, Stühle, selbst außerordentlich schwere Gegenstände wurden durcheinandergeworfen. Bissher sind nur Sachschäden berichtet.

Heuchreden in Helsen

In Anwesenheit des Direktors Seeger vom Landwirtschaftsamt wurde in der Gemartung Griesheim bei Darmstadt das Auftreten größerer Heuchredenschwärme festgestellt. Mehrere mit Kartoffeln und Kohl bebaute Grundstücke sind vollständig laß getroffen. Es wurden sofort umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen.

Englische Matrosen in Danzig verletzt

In Danzig wurden 3 englische Matrosen schwer verletzt. Der eine Matrose erhielt zwei Stiche in die rechte Seite und eine Verletzung am Hinterkopf. Der Zweite bekam Stiche in die linke Brustseite und zwei Stiche in den Hals unterhalb des Kehlkopfes. Der Dritte erlitt Verletzungen an den Händen und Armen. Die Tat erfolgte im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen den englischen Matrosen und den Arbeitern in einer Wirtschaft. Die Matrosen waren mit einem englischen Geschwader von fünf Torpedobootzerstörern in Danzig eingetroffen.

Zurückbare Untat an einem Mädchen

Auf einem Felde bei Stettin wurde die Leiche der 25jährigen Betty Hildebrandt aufgefunden. Das Mädchen ist mit einem kumpfen Gegenstand erdrosselt worden, des Manuels und seiner Handtische beraubt, schließlich mißbraucht und dann im Ader verborzen worden.

Kampf dem Faschismus!

Der Faschismus reckt sein Haupt in Deutschland. Die Landtagswahl in Sachsen ergab auf Kosten der alten bürgerlichen Parteien ein überraschendes Vordringen der Nationalsozialisten. Dieses Wahlergebnis ist ein Warnmal!

Die lärmenden Horden der Hakenkreuzler, die mit demagogischer Agitation und blutigem Terror durch die deutschen Lande ziehen, an die niedrigsten Instinkte appellieren, schießen und morden, sind getreues Abbild der italienischen Faschisten. Hier wie dort gilt nicht das Recht und die Vernunft, sondern die Gewalt, die Gewalttat. Hier wie dort gilt mangels geistiger Waffen und Ueberzeugungskraft der Idee die hirnlose Anbetung der terroristischen Faust. Versklavung der Freiheit und freien Meinungsäußerung, Zerschlagen der Rechte des werktätigen Volkes, Begeisterung für den Militarismus, Sieg durch Demagogie und Lüge, durch Terror und Mord, das sind die hervorsteckendsten Merkmale des italienischen wie des deutschen Faschismus.

Wer wissen will, wie es in einem faschistischen, einem Hitler-Deutschland aussehen würde, blicke nach Italien. Gerade zur rechten Zeit erscheint im Parteiverlag ein Buch von Pietro Nenni: „Todeskampf der Freiheit“*, das Kunde gibt von den Mordbrennern des Faschismus, den heutigen Herrschern über Italien. Schonungslos zeigt es den Faschismus. Wir veröffentlichen unten mit Genehmigung des Dietz-Verlages kurze Auszüge, die die außerordentliche Uebereinstimmung in der Entwicklung, der Art und der Tendenz zwischen beiden faschistischen Parteien zeigen. Man ändere die Namen in der Entwicklungsgeschichte der Schwarzhemden und man hat das Bild der Nationalsozialisten.

Aber ein Unterschied wird sein! Wir werden dafür sorgen, daß der „Marsch auf Rom“ der Hitlerianer abgestoppt wird. Die Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung, ist der unzerbrechliche Fels, an dem die Hakenkreuzler zerschellen müssen!

* Pietro Nenni: „Todeskampf der Freiheit“. Dietz-Verlag, Berlin 1930, 188 Seiten. Preis kart. 2,75 M.

1918...

In Mailand. Foro Bonaparte. Eine kleine Wohnung in der dritten Etage eines von Kleinbürgern und Beamten bewohnten Hauses. Hier wohnt Mussolini.

Während des ganzen Krieges hat er unangesehnt seine gehässige Polemik gegen die Sozialisten fortgeführt, gegen die Liberalen, gegen das Parlament. Jetzt steht er ziemlich allein. Was will er? Er weiß es selber nicht. Während des Krieges hatte er endgültig alle Fäden mit seiner früheren Partei zerrissen. Seine Zeitung, die früher als Unterhaltungs-„Sozialistische Zeitung“ nannte, trägt heute die Worte „Organ der Produzenten und Kriegsteilnehmer“. Für ihn ist jetzt der Sozialismus der Feind. Und gegen diesen wendet er sich, um den Industriellen und Kaufleuten genehm zu sein, die seine Zeitung bezahlen.

Mussolini hat seinen „Fascio“ gegründet. Nur wenige Dutzend verbitterter oder fanatischer Leute haben seinem Rufes Folge geleistet. Aber es gibt verarmte Bewegungen, auf die er sich stützen kann. Aber es handelt sich immer um eine Minderheit, die bei den Massen keine Rolle spielen würde.

1919...

Der Marsch d'Annunzio auf Fiume war das Vorbild des faschistischen Marsches auf Rom. Ohne ein Gründer des Faschismus zu sein, den er sogar im Jahre 1923 als „agrarische Stangenhalter“ bezeichnet hat, war d'Annunzio der Schöpfer und unumstrittene, unerfahrene Führer der nationalistischen Bewegung in Italien, mit der sich der Faschismus schließlich identifizieren sollte. Ohne d'Annunzio wäre der Faschismus wahrscheinlich eine ganz unbedeutende Bewegung geblieben. Der Haß gegen den Sozialismus, der Haß gegen die Partei, aus der seine Führer stammten, die Verwerfung seiner politischen und sozialen Anschauungen, die Selbstsicherheit seiner politischen Dispositionen hätten dem Faschismus nie die Eroberung der Mittelklassen eingetragen, deren er für seinen Erfolg nicht entbehren konnte.

1920...

Die italienische Arbeiterbewegung fiel innerem Haß und Zwist zur Beute. Und der Faschismus, der bis dahin ein ganz unbeachtetes und machtloses Dasein geführt hatte, begann den Kopf zu erheben, indem er aus dem Reichsrat der Faschisten, die vor der Dröhung der proletarischen Revolution gestürzt hatten, Vorteil zog und die nationalistische Kreuze der jungen Leute ausbeutete, die in der gijigen Atmosphäre des Krieges herangewachsen waren.

Der Überfall auf Toscana.

Das Schmeißen der Autos, das Behrren der Kriegstriebe der Faschisten und zahlreiche Schüsse in die Luft verübten der Bevölkerung, was ihr bevorstand. Die Wohnungen des Bürgermeisters und der Stadträte wurden zuerst verüffnet, während das Landvolk auf die Fester schickte. Die zum Plündern und Vernichten ausgehenden Häuser waren durch ein schwarzes Kreuz gekennzeichnet. Es waren bescheidene Wohnungen von Arbeitern, kleinen Kaufleuten, Angestellten. Die Vernichtung wurde hauptsächlich durch Brandgranaten vollzogen. Um zu verhindern, daß die Bevölkerung zur Flucht zusammenströme, hatte man an den Kreuzwegen Maschinenkanonen aufgestellt. Wer immer vorüberkam, Mann, Frau oder Kind, wurde mißhandelt. Die Plünderung des einzigen Restaurants fand in Gegenwart der Carabinieri statt, die vergnügt zusahen. Den Wein und Likörfässchen schlug man mit Steinen die Häufe ab, und dann ging eine jüdele Sauferei los. Endlich, um 9 Uhr abends, nachdem man vier Stunden gewüthet hatte, zog die Bande ab zu anderen Abenteuern. Aber es sind noch nicht zehn Minuten vorüber, und schon erscheint sie wieder, diesmal mit einem Toten auf ihrem Lastauto. Hat man auf sie geschossen? Niemand weiß es. Nicht wendet sich aber die Mut der Anstreifer nicht nur gegen die Sachen, sondern gegen die Personen. Jetzt fängt die Menschenjagd an. Zwei alte Landarbeiter brechen auf der Schwelle ihres Hauses zusammen. Ein Bäckiger, der zu fliehen versucht, wird durch Knüttelstöße getötet. Einer Mutter tödtet man das Kind, das sie im Arm trägt. . . . John Lote, dreißig Jahre alt, fünfzehn niedergeborene Häuser, das war die tragische Bilanz dieses einzigen Tages. Als endlich die Carabinieri eintrafen, parlamentieren sie mit dem Führer der Expedition . . . verhaften niemand. Erst nach zehn Tagen, nachdem aber der Faschisten sein Werk fertig hat, erfolgen die ersten Verhaftungen.

Was geschieht? In ganz Italien, von Sizilien bis zu den Alpen, hat die Offensive des Agrarierthums und der Reaktion gegen das Proletariat eingesetzt. Von einem Ende des Landes zum andern hallt der Schrei der Schwarzhemden wider: „A noi!“

(Der zu uns), der überall das Signal des Ueberfalls ist. Der Faschismus führt die Offensive. Zu den jungen Leuten, die die ersten Gruppen gebildet haben, sind jetzt all die geflohenen, für die es ein Privileg zu verteidigen gibt. Gewalt ist Trumpf. Ueberall tritt die terroristische Organisation des agrarischen Bürgerthums an die Stelle der Staatsgewalt. Der Generallstab liefert den Faschisten die Waffen, die Gerichte sichern Straflosigkeit, der Staat deckt die Verbrecher, die Banken geben das Geld, das die faschistischen Soldner unterhält.

„Fort mit den Sozialisten!“ ist der Schrei der herrschenden Klasse, die vor lauter Angst den Kopf verloren hat. Die Arbeiterkammern werden verüffnet. Das hat in Triest seinen Anfang genommen. „Wir sind bereit, zu sterben und zu töten!“ lautet die von Mussolini ausgegebene Parole.

1921-22...

Der blutigste Terror der Weltgeschichte beginnt. Seine Krönung: Der Marsch auf Rom.

Vom August zum Oktober hatten die Ereignisse einen sehr schnellen Lauf genommen. Sobald die Sozialisten besiegt waren, existierte kein Hindernis mehr für das Vordringen des Faschismus, der nach einem Bilde Bernard Schams die Gegenwehr der bürgerlichen Parteien so schnell durchschlugen hatte wie eine Kugel ein Stück Butter.

Die letzten Zustände in diesem Ringen zwischen dem Proletariat und den Faschisten war entsetzlich gewaltig. Rom, Genua, die Romagna, Livorno, Trient hatten grimmigen Widerstand geleistet. Ueberall waren die Schwarzhemden gegen die proletarische Verteidigung angetreten, die den Arbeitern noch dadurch erspart wurde, daß sich auch die Polizeimittel des Staats gegen sie kehrten. Um allgemeinere aber war es für die Arbeiterklasse unmöglich, ihre eigene Verteidigung und gleichzeitig die der staatlichen Institutionen zu führen. Der liberale Staat lag in den letzten Zügen. Die obersten Schichten des Bürgertums erkannten nur noch im Faschismus das Exekutivorgan ihrer Interessen, während auch die Mittelklassen immer mehr in den Banckreis des Nationalismus kamen.

Mussolini tritt an!

Als Mussolini zur Regierung kam, existierte noch etwas von den freien Gewerkschaften. Er wollte um jeden Preis ihnen den Wehrt zeigen. So mußte die heftigste Gewalt der Schwarzhemden zugebraucht werden. Und das ging so lange, bis ein Tag kam, an dem man zweihundert Familien wie Bich in Wagnons lud, um sie im Norden und Süden Italiens, je je nach bis in die Kolonien zu zerstreuen und so vielen Widerstand mit Stumpf und Stiel auszurotten. Um aber bis zu diesem Ergebnis zu kommen, war ein fünfjähriger Kampf erforderlich gewesen, fünf Jahre, während derer eine Handvoll Landarbeiter und Landarbeiterinnen den auf sie losgelassenen bewaffneten Horden Trotz bot, wobei die herrschenden Klassen — die doch selbst aus einer liberalen Revolution hervorgegangen waren — Freiheit und Gehalt feige preisgaben, die ihnen ein Hemmnis ihrer Herrschaft geworden.

Keine Gewerkschaften mehr, keine Genossenschaften. Heute besteht der Grundbesitzer unumschränkt. Mussolini, der dreißig Jahre lang die Seele dieser Landarbeiterbewegung war, ist in Zwangsverhaftung. Andere, jüngere Führer sind im Gefängnis. Man hat sogar auf dem Friedhof die Gedenktafeln fortgerissen, die die Namen der in der Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte gefallenen Toten tragen.

Italien heute!

Das heutige Italien ist ein großes Gefängnis, in dem die Wächterrolle der faschistischen Miliz anvertraut ist, einem Parteiherr unter Mussolinis Befehl. Nur die eine Million Menschen, die eine faschistische Parteielite besitzt, genießt politische Rechte, die übrigens ziemlich beschränkt sind. Die anderen Bürger sind entweder Untertanen, die sich in ihre Rechtslosigkeit ergeben haben, oder Rebellen, die als außerhalb des Gesetzes lebend behandelt werden, während sie die unermessliche und unerlöschliche Avenne der Freiheit vorbereiten.

Der Faschismus hat drei Kategorien von Bürgern geschaffen: die Faschisten, denen alles erlaubt ist; die Nichtfaschisten, die zu arbeiten und zu schweigen haben, und endlich die Antifaschisten, die vogelfrei sind. Ist nun ein solches Regime wirklich stark? Da muß man sich erst darüber einigen, was man unter stark versteht. Stark ist der Faschismus schon, stark durch seine Miliz, durch seine Gefängnisse, durch sein Sondergericht, stark durch seine Zwangsverhaftung und durch seine Polizei.

Wie steht es aber um die Siege des faschistischen Diktators? Die hat er unter der politischen Miliz einer in unbeherrschbarem Verfall befindlichen Klasse gegen waffenlose Arbeiter erfochten, gegen friedliche Genossenschaften, gegen Volkshäuser und Zeitungen. Und seine Werte?

Zunächst hat er jede Freiheit unterdrückt, Parteien aufgelöst, die Oppositionsrechte abgemüht, die Schulp monopolisiert, aus dem Sport ein Hilfsmittel der Regierung gemacht, die Gewerkschaften in Kaserne verwandelt — das alles war nur das Vorbild.

Die Grundlage des faschistischen Systems ist die Spionage. Eine Hälfte der Italiener wird dazu angetrieben, die andere auszuspiönieren. Auf jedem Gebiet, sogar in den Fabriken, macht man Karriere nur um diesen Preis. Den Kollegen ausplündern, den Nachbar, den Freund, die eigenen Angehörigen; die Personalbücher der Polizei durch zweideutige Informationen bereichern — das sind im faschistischen Italien die Bürgergebenden.

Dem Faschismus gebracht es so sehr an der freien Zustimmung der Massen, daß all seine Handlungen den Stempel der Willkür tragen müssen.

Nach einer Definition seines Führers ist der Faschismus eine „autoritäre Demokratie“. Dabei unterwirft er sich nie und unter keinen Umständen der Kontrolle des Volkes, worin doch das eigentliche Wesen der Demokratie liegt. In Wirklichkeit bedeutet der Faschismus im eigentlichen Wortsinne einen Kolonisationsversuch, der mit dem Lande vorgenommen wird.

Korruption, Unterschleife, Betrügereien im Amt und sonstiger Mißbrauch der Amtsgewalt sind etwas ganz Alltägliches. Ueberall sehr man aus dem vollen auf öffentliche Kosten. „Nach uns die Sintflut“, das ist die einzige Regierungsregel.

Und da man die Unzufriedenheit zum Schweigen bringen und die Stände verbenden muß, so befindet sich der Faschismus in der absoluten Notwendigkeit, das Land zu terrorisieren.

Das hat er auf zweifache Weise getan. Einmal durch die private Gewalt seiner Anhänger, durch Mord, Todschlag, Blünderung, Brandstiftung, Kitzeln und Prügel. Dann durch die Organisation des Parteistates, Spionage, Deportation, Entlassung der nicht den Faschisten angehörigen Arbeiter, Mahregelung der Beamten, die sich nicht als Spital bezeichnen.

In einem armen Lande, wo sich um jede Besamtenstelle oder jede Arbeitsgelegenheit hundert Bewerber drängen, zu einem Zeitpunkt, wo Brot die Hauptfrage wird, weil alles andere verloren ist, vermochte dieses über jedem Bürger hangende Damoklesschwert tatsächlich Wunder zu wirken.

So bleiben nur die wenigen Unbeugsamen als Erbauer neuer Zeiten. Für sie, die durch die Not nicht zu brechen sind, für jene stolzen Widerständer, denen es Freude macht, dem Tyrannen zu trotzen, für die gibt es das Sondergericht.

Was ist das eigentlich, dieses Sondergericht? Das ist das niederträchtigste Verbrechen der Justiz, das sich ausdenken läßt. Die Bilanz seines Wirkens ist tragisch. In drei Jahren hat es Todesurteile gefällt, in einem Lande, das es sich zur Ehre anrechnete, die Todesstrafe abgeschafft zu haben; weiter hat es Verurteilungen verhängt mit 25 Hunderten Zuchthaus für Arbeiter und Intellektuelle. In weiteren 4000 Fällen hat die Voruntersuchung ohne Annahme des Hauptverfahrens zur Verurteilung der Verdächtigten auf die Anklagen geführt.

So steht es in Italien aus. Und das nennt man: Disziplin und Dredung.

Und morgen?

Und was ist die Zukunft, die unter harrt? Abenteuer wie das des Faschismus sind nicht leicht zum Erfolg zu führen. Sobald sie sich über ein festgesetztes Gemein von Mensch und Schicksal geschaffen haben, können sie eine gewisse Dauer erreichen. Schon jetzt ist der Faschismus verurteilt, weil sein Experiment mißglückt ist.

Er hält sich, er dauert weiter, und das ist vielleicht das einzige, um das es Mussolini zu tun ist. Er hat reichlich Zeit, seine Erpressungen an allen konservativen Kräften durchzuführen, an der Hochfinanz, an der Monarchie, an der Kirche, durch die er zu dem geworden, was er heute ist. Aber er hat keinen der inneren Widersprüche des italienischen Staates und der italienischen Gesellschaft geföhrt, sondern er hat sie alle verschärft, indem er sie gewaltvoll an der Ausprägung hinderte.

Der Kräfte eines lebendigen, schöpferischen, revolutionären Regimes ist die Freiheit. Wenn Mussolinis eines Tages hätte verstanden können: ich öffne die Thoren der Gefängnisse, ich tue die Grenzen auf, ich lasse meine Ausnahmegeetze und meine Miliz verschwinden, ich brauche weder Henker noch Kerkermeister, ich gebe der Presse Freiheit, zu kritisieren und anzugreifen, den Parteien das Recht, ungehindert für ihre Ideen zu wirken — dann wäre er wirklich der Sieger.

Aber nach achtjähriger Herrschaft weiter als Bandenführer reden und handeln zu müssen — das bedeutet keinen Sieg, nun um nimmermehr. Wenn er so sich zum Herrn macht über den Körper, so entgeht ihm die Seele. Zur Ehre Italiens sei es gesagt, daß der Faschismus nicht Herr ist über die Seele des Volkes.

Unsere Toten, deren Zahl Legion ist, legen Zeugnis ab für die Gegenteile. Unsere Gefährten in den Gefängnissen, die nach Tode senden zählen, bezeugen Italiens Willen, sich zu den leuchten Höhen der Freiheit den Weg zu bahnen. Auch wir Verbanneten stellen im Antlitz der Diktatur und der Welt die Widerlegung dar.

Italien wird frei werden! Nichts wird vergessen! Für alles kommt der Jahrtag!

Soll Deutschland Italiens Schicksal erleiden? Nein, tausendmal nein! Baut das Bollwerk aus, das den Faschismus zertrümmert, stärkt die

Sozialdemokratie!

Freistaat Baden

Nationalsozialistische Niederlage in dem Freiburger Aka

Die Nationalsozialisten haben wie der Badische Beobachter meldet, in dem Aka an der Freiburger Hochschule eine empfindliche Niederlage erlitten. Sie hatten einen Antrag eingebracht, die Studentenschaft soll gegen die jüdischen Studenten den numerus clausus fordern. Vor ein paar Tagen war der Aka nach Freiburg gekommen und hatte in einer Studenterversammlung zu dem Thema in feiner Art gesprochen. Er meinte, die Studenten seien „Felle“, wenn sie nach guten Examina streben, ohne vorher die Tugenden der Hochschule verdäugt zu haben. Der nationalsozialistische Antrag fiel in der Abstimmung mit 23 gegen 2 Stimmen. Es waren grundsätzliche Ermahnungen, die zu diesem Ergebnis führten. Es hat also nichts genützt, daß Herr Lens sich zwei Stunden ermühte und seine Geisteskräfte auf die Freiburger Studenten landete.

Milchknappheit wird durch Zollschuß verschärft

Nachdem noch vor kurzem laute Klagen der Landwirte über schlichten Milchmangel zu hören waren, hat jetzt eine empfindliche Milchknappheit eingesetzt. Seit Tagen kommen große Mengen Milch aus Württemberg und aus Südbaden nach den badischen Städten. Die Milchzentrale Heidelberg hat bereits wieder auf den Bezug von Schweizermilk zurückgreifen müssen. Diese Milch ist aber jetzt mit 5 A Zoll pro 100 Liter belastet und kommt daher mit Fracht sehr teuer zu stehen. Man sieht aus alle dem, wie überreizt nach Zollschuß für Milch gerufen worden ist. Wenn die warme Witterung noch länger anhält, wird wohl der Milchscholl noch sehr unangenehm empfunden werden. Im übrigen sei es sich jetzt deutlich, wie sehr es in Baden an der Organisation der Milchwirtschaft noch fehlt. So muß würden Milchüberflusses und Milchknappheit sich nicht in so großem Wechsel abspielen können. Hier wäre die vielgerühmte landwirtschaftliche Selbsthilfe am Platze. So wie die Verhältnisse in Baden liegen, besteht leider wenig Aussicht, daß auf diesem Gebiet noch eine Wandlung zum Besseren eintreten kann.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Noch keine Besserung

Auf dem südwestdeutschen Arbeitsmarkt ist in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1930, wie das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland mitteilt, immer noch keine Wendung zur Besserung eingetreten. Der Rückgang in der Beschäftigung des Gesamtmarktes war aus unbefriedigend. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitsuchenden betrug Ende Juni rund 137 000 Personen; sie liegt um 54 000 höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres und um 78 000 höher als im Jahre 1928. Die Mehrbeschäftigung verteilt sich auf förmliche Berufstätigkeiten.

Die geringe Entlastung der Unterhaltungsanstalten, die in der zweiten Junihälfte nochmals eintrat, erstreckte sich wieder nur auf die veränderungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, die Ende Juni noch 65 000 Personen umfaßte. In der Vermehrung der Arbeitslosenunterstützten, die wieder um 400 Personen auf 16 2000 angewachsen sind, zeigt sich die Ungunst der Lage besonders deutlich.

Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am 30. Juni 1930 folgender: In der veränderungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 64 949 Personen (30 867 Männer, 3209 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 16. bis 30. Juni um 1028 Personen von 82 182 Personen (65 085 Männer, 17 097 Frauen) auf 81 154 Personen (63 863 Männer, 17 291 Frauen); davon kamen auf Württemberg 26 885 gegen 27 358 und auf Baden 54 269 gegen 54 824 am 15. Juni 1930. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 30. Juni 1930 auf 1000 Einwohnern noch 16,1 Hauptunterstützungsempfänger gegen 16,3 am 15. Juni 1930 und 8,8 am 30. Juni 1929.

Arbeitsbeschaffung mit Beamtenhilfe

Wir geben nachstehend eine Zusammenfassung aus dem Aka. Deutschen Beamtenbund Raum, die im Anschluß an einen Vorschlag des Landesverbandes der Beamtenvereine in der Zeitschrift Bodenreform vom 29. 6. 1930 interessante Anregungen zum Notopfer gibt: „Der Einricht, den das verlangte Notopfer darstellt, gibt auch dem kleinen Beamten Anregungen zum Nachdenken. Ich möchte nun einmal ansetzen, durch einen gleichlautenden Vorschlag in der

Zeitschrift Bodenreform festhalten und davon ausgeben, daß hier die Stelle ist, von der man von dem 3 manns Notopfer auf eine würdigere Form, nämlich auf eine Beamtenhilfe übergehen könnte.

Die deutsche Beamtenhilfe hat sich wiederholt in ersten Stunden hilflos und groß erweisen, sie hat stets bereit, Kosten zu tragen, mühselige Reisen, die oft als selbstlose Opfer verkannt wurden, hauptsächlich von den Vorgesetzten, deren Listen nur auf dem Papier standen. Sicher ist die Beamtenhilfe bereit, auch heute zu helfen, aber diese Hilfe muß auch der Not des Volkes gelten. Die Beamtenhilfe müßte darin bestehen, daß die Beamten einen Teil ihres Gehaltes freiwillig abtreten und zwar zu dem Zweck, daß hierdurch mit dem angeammelten Fonds Arbeit geschaffen wird. Diese Arbeit kann geschaffen werden, wenn aus dem Gelde der Beamtenhilfe Beamtenheimstätten erbaut werden. Hierdurch werden hunderte Tausende, brachliegende Heilige Arbeiter werden hunderte Tausende, brachliegende Heilige Arbeiter können hier Gelegenheit gegeben werden, selbstständiges Brot zu verdienen.

Dieser Gedanke hat noch den Vorzug, daß der Kauflustige beim Bau einer solchen Heimstätte auf alle öffentlichen Gelder, wie Hauszinssteuer, Kaufschiffe ufm. verzichten kann, da bei einem Ankauf von 16 000 A pro Heimstätte 10 000 A Baudarlehen aus dem Fonds der Beamtenhilfe gegeben werden könnten und der Rest als erste Hypothek aufgenommen werden müßte. Als Fondsstelle wäre eine auf geistlicher Grundlage aufgebaute Stelle, z. B. die Beamtenkaufparzelle Berlin, ausszuweisen.

Die Baudarlehen müßten zu einem Zinsfuß gegeben werden, der keine Ueberbürdung und Bauverzug für den Bauenden bringt.

Wenn so die gesamte Beamtenhilfe im Abtretungsverfahren statt durch das projektivierte Notopfer eine Summe von 150 Millionen einfließt, könnten mit diesem Betrage 15 000 Heimstätten erbaut werden. Die Auswirkung der Vorteile einer solchen Beamtenhilfe wäre in der Praxis eine höhere, als sich dies theoretisch errechnen läßt. Die Beamtenhilfe würde eine große Entlastung der Reichsausgaben für die Arbeitslosigkeit ergeben und wäre deshalb schon dem Notopfer weitaus vorzuziehen, einmal, weil das Notopfer von den Beamten doch nur als vorläufiger Hilfsmaßnahme angesehen wird und nur von gewissen Schichten, nicht aber vom Volke gewünscht wird, andererseits aber auch, weil es gar keine Entlastung für das Reich bringt, denn eine Kürzung der Gehälter, wie es das Notopfer verlangt, zieht eine weitere Einschränkung der gesamten Lebenshaltungskosten nach sich, die wiederum zu einer Produktionsminderung führt, die sich dann nochmals in letzter Instanz in erhöhter Arbeitslosigkeit äußert. Diese Beamtenhilfe müßte durch Gesetz so geregelt werden, daß nach einer Reihe von Jahren, den Beamten oder deren Hinterbliebenen die abgetretenen Gelder wieder zurückbezahlt werden.

Die Beamtenhilfe will und wird helfen, aber die Hilfe muß dem Volke zugute kommen.“

Tägungen

Badischer Baumeistertag 1930

Der Badische Baumeistertag hielt am 5. und 6. Juli die 5. Bundestagung in Karlsruhe ab. Sie wurde am Samstag nachmittags von den Stämmen der Fachgruppen eingeleitet, die sich mit der wirtschaftlichen Lage der badischen Baumeister beschäftigten und manche Wünsche und Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse zeigten. Abends fand in den Räumen des Stadgartenrestaurants ein gelungener Unterhaltungsabend statt, wobei der 2. Vorsitzende, Werlobeninspektor Hofmann, eine Reihe von Jubilären ehren konnte, die vor 40 und 25 Jahren ihr Baumeistertage abgelegt haben.

Am Sonntag vormittags nahmen die geschäftlichen Beratungen ihren Fortgang mit der aus allen Landesteilen aufbehaltenen 5. ordentlichen Bundesversammlung. Der 1. Vorsitzende, Gewerbedirektor Brühlmann, ließ die Kollegen herzlich willkommen, worauf der Geschäftsführer, Baumeister Banaloh, den Geschäftsführer erläuterte. Die dreiwöchentliche Frage bildet nach wie vor die Sorge um die richtige Ausbildung des bad. Baumeisterstandes. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung zu dieser Sache angenommen.

Der Bundesvorstand wurde wiedergewählt und als nächster Tagungsort Konstantz bestimmt.

Deutsch-französische Lehrerzusammenarbeit

Eine Delegation deutscher Volksschullehrer und Lehrerinnen, die sich auf einer Studienreise durch Frankreich befindet, ist in Ville in der Universität feierlich empfangen worden. Der Universitätsrektor gab eine kritische Darstellung des Volksschulwesens in Deutschland und Frankreich und betonte, daß gerade auf dem Gebiet des Austausches der Lehrmethoden die deutsch-französische Zusammenarbeit seit längeren Jahren glänzende Ergebnisse erzielt habe.

Büdo Luxus
für den Schuh

(25. August 1830) und Brand an den Palast des holländischen Justizministers gelegt haben, was als Auslöser zur heftigsten Revolution angesehen werden kann. Es ist aber auch bekannt, daß der Pariser Oper als Auber mit seiner „Stimmen“ erschien, keine Sängerin zur Verfügung stand, die die Fennel-Rolle hätte durchführen können. In Ermangelung einer „Sopranistin“ hat sich der Komponist Auber entschlossen, die Rolle selbst zu spielen und zwar durch die berühmte Sängerin Noblet.

Eine glänzende Aufführung der Stimmen an einem modernen Operntheater ist durchaus keine leichte Sache. Der Opernregisseur hat keine Beziehungen mehr zum alten Stil der großen französischen Oper, in dem diese Werke aufgeführt werden müssen, wenn sie noch wirken sollen. Der Regisseur weiß, daß der größte Teil seiner Sängerinnen und Sänger sich mit Händen gegen Auber sträuben, weil er eine ganz besondere Art der Stimmbehandlung verlangt. Der Balletmeister erscheint auf den Proben mit einem großen Notizbuch, denn er kommt in Verlegenheit, weil er sich nicht klar ist, wie seine Ballettdamen mit dem Ras fertig werden sollen. Der Heldentenor hat früher gehört, daß in einer Szene ein Schlummerlied vorkommt. Er ist doch als Heldentenor nicht verpflichtet, Schlummerlieder zu singen. Wenn man gerecht sein will, versteht man alle diese Einwände und bescheidet sich, wenn eine gute Vorstellung ermöglicht wurde. Man kann, wenn man alles in Betracht zieht, von einer über dem Durchschnittniveau stehenden Aufführung der Stimmen an unserer Oper sprechen. Eine Ausnahmestellung nimmt dabei die Follia ein, die Mars Gessels gar zu lang ist. Sie hat eine in jeder Hinsicht in sich abgerundete und vollendete künstlerische Leistung. Die Koloraturen sitzen, die schmerzlichen Staccatoläufe werden mit einer Selbstverständlichkeit bewältigt, die erstaunlich ist. Theo Strad als Malinelli schien etwas indisponiert gewesen zu sein. Sein Organ ist zu schwer um einen alten französischen Meister mit Clair und Bewußtsein singen zu können. Wilhelm Kientwig war in der kleinen Rolle des Alfonso schon alldäuscher, er stellte sich auf einen leichten Ton ein. Adolf Schöpflin gab den Pietro marfano, er sang seine große Arie sehr abgelesen, mit wichtiger Zonabund. Auch die übrigen Mitwirkenden Kartheins Löler, Alfred Frey, Viktor Sopaß, Robert Kiefer, Ellen Winter warteten mit ihrem besten Können auf. Die Chöre gelangen unterchiedlich. Das Gebet wurde stimmungsvoll wiedergegeben. Die Sopranen führten mit schöner harter Stimmgebung. Im übrigen merkte man, daß Musikdirektor Hofmann sich eingehend mit dem Studium der Chöre, die in dieser Oper eine große Rolle spielen, befaßt. Auch die Ballettleistungen befriedigten. Hans Cedras Muckenbender hat versucht, durch viel Bewegung das Bühnenbild zu beleben. Diese Bewegung löste aber eine Unruhe aus, die die Auberische Musik nicht erträgt. Toni Widmann gab die Stimme. Sie ist musikalisch

Die sächsischen Regierungsverhandlungen

Bürgerliche Besprechungen

SPD. Dresden, 7. Juli. (Eig. Draht.) Die am Montag festgehaltenen interfraktionellen Besprechungen der sächsischen Rechtsparteien über die Regierungsbildung wurden nach einer knappen Stunde ohne positives Ergebnis abgebrochen. Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt werden.

Die Nationalsozialisten forderben im Verlauf der Erörterungen u. a. die Herabsetzung der Ministergehälter auf die Hälfte. Diese aus agitatorischen Gründen erhobene Forderung stieß bei den übrigen bürgerlichen Parteien auf Widerstand.

Die Stellung der Sozialdemokratie

SPD. Dresden, 7. Juli. (Eig. Draht.) Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und die sozialdemokratische Landtagsfraktion folgten am Montag folgenden Beschlüssen: „Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, auf der Grundlage ihrem im März aufgestellten Programms die Regierung unter ihrer Führung zu übernehmen und mit den anderen Parteien zu verhandeln, die bereit sind, an der Durchführung dieses Programms mitzuwirken. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird als Ministerpräsidenten den Reichstagsabgeordneten Pivinski vorschlagen.“

Der Kleinwohnungsbau im Reichshaushaltsauschuß

Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde ein Antrag des Reichsarbeitsministeriums behandelt, die Zustimmung zu geben zur vorläufigen Sanierungsmaßnahme der im zweiten Reichshaushalt 1930 für den Wohnungsbau in Anlaß gezeichneten hundert Millionen RM. Von Seiten der Reichsregierung wurde hierzu ausgeführt: Es sei beabsichtigt, den Gegenden mit starkem Wohnungsbedarf und gleichzeitiger harter Arbeitslosigkeit den Bau billiger Kleinwohnungen des gewöhnlichen Bauprogramms durch die Maßnahmen zu fördern. Außerdem seien Verhandlungen mit den Bundesversicherungsanstalten eingeleitet, die von der Verpflichtung, für 50 Mill. RM. Reichsbahnvorarbeiten anzufangen, unter der Bedingung entbunden werden sollen, daß die Mittel in gleicher Höhe für dieses besondere Wohnungsbauprogramm zur Verfügung stellen. Ferner soll die Deutsche Bau- und Bodenbank A. G. Berlin mehrjährige Zwischensubventionen für erste Hypothek beschaffen.

Der Ausschuss genehmigte die Zuschüsse von 100 Mill. RM. Es folgte die Weiterberatung des Obhilfegesetzes.

Preußen-Einpruch gegen Feme-Amnestie

Berlin, 8. Juli. (Funkdienst.) Der preussische Ministerpräsident hat im Namen der preussischen Regierung gegen die vom Reichstag mit zwei Drittel-Mehrheit beschlossene Amnestie der Femeermörder beim Reichsrat Einpruch erheben lassen.

Italienische Antwort auf das Briand-Memorandum

Die Antwort der italienischen Regierung auf das Briand-Memorandum ist dem französischen Botschafter zur Weiterleitung an seine Regierung übergeben worden. Dabei wird vor allem die Abstraktion als Voraussetzung „Europan“ bezeichnet.

Gewerkschaftliches

Die Lage in Nordwest

ist unverändert. In den Städten Mühlheim, Gellenskirchen, Sogum, Düsseldorf und Hagen wird noch in dem Umfange wie am Freitag gestreikt. Die Verhandlungen sind noch nirgendwo zu einem Abschluss gekommen. Der Verlust im Salpeter-Eisenwerk in Hagen, die Meister an der Walsenstraße einzuweisen, ist an deren Widerstand gescheitert.

Wie steht es mit dem Preisabbau?

Das Reichswirtschaftsministerium läßt zur Zeit im Bezirk der Grobheisenindustrie Nordwest die Auswirkungen des Deutscher Schiedsgerichts vor allem in der Preisabbaufrage nachprüfen. In unterrichteten Kreisen sieht man dem Ergebnis dieser Nachprüfung mit großer Spannung entgegen.

Polsische Landarbeiter trotz Arbeitslosigkeit

Trotz der fürchterlichen Arbeitslosigkeit werden in Deutschland — weil die Agrarier das so wollen — noch immer Tausende polnische Landarbeiter beschäftigt. Dabei sind in diesem Sommer rund 50 000 deutsche sächsisch ausgebildete Landarbeiter arbeitslos. Der Ostausfluß des Reichstages ist daher dafür eingetreten, daß die Bewährung der Osthilfe davon abhängig gemacht wird, daß die unterhaltenden landwirtschaftlichen Betriebe keine polnischen Arbeitskräfte beschäftigen, sondern deutschen Menschen Arbeit und Brot geben.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Die Stimme von Portici (Neu einstudiert)

Man hat kurz vor Lotzschluss, wie anderwärts so auch hier, „Die Stimme von Portici“ zu Wort kommen lassen. Mit dem gleichen Erfolg. Auch hier hat das Publikum wenig Interesse an der Wiederbelebung des hundertjährigen Wertes gezeigt. Weil man der Auberischen Partitur den Stempel eines Revolutions-Festsohrens aufdrücken möchte, glaubte man jetzt die geeignete Zeit für gekommen und auch einmal in „rot“ auf der Bühne machen zu müssen. Das ist ein Irrtum. Die Stimme von Portici ist durchaus nicht aus revolutionärem Geiste geboren. Der raffinierte Textdichter Scribe und sein Komponist waren höchst friedliebende Künstler, denen es darum zu tun war, ihre Werke auf unterzubringen. Scribe triefte mit dem Feuer. Er verdracht sich von einer Revolution auf dem Theater starke Effekte. Er verrechnete sich nicht. Das ist sich aber politisch auswirken könnte, daran haben weder er, noch sein Komponist gedacht. Die neapolitanische Geschichte kennt einen Malinello, der Führer eines Volksaufstandes war. Er stellte sich an die Spitze seiner Volksangehörigen und erklärte sich gegen die Bestreuer der Lebensmittel, die der damalige Herrscher von Neapel, der Herzog von Arcos, eintreiben lassen wollte. Malinello war lange Zeit Herr der Lage. Die Steuer wurde abgeschlagen und Arcos wurde vertrieben. Das Haupt der Republik wurde aber irrtümlich und später von Wörden, die im Solde des Großen Arco standen, getötet. Man sieht, daß schon im Jahre 1848 das Volk die Lebensmittelssteuer als gerade empfunden hat und sich mit Recht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wehrte. Malinello wurde ein Nationalheld. Auch die Stimme von Portici war ein neapolitanischer Held, das aber in einer andern Zeit lebte. Nun haben Textdichter die beiden Gestalten teils als Geschwister oder aber auch als Liebende zueinander in Beziehung gebracht, dann den Stoff mit etwas Moral vermischt, so daß ein Opernlibretto zustande kam, wie es dem Zeitgeschmack mündete. Scribe verwarferte die Materie. Er schrieb ein hübscheliges Buch. Die Auberische Musik galt damals und bis in den Anfang unseres Jahrhunderts für ralfis. Für die romantischen Meister war sie looser öfters die Kanzone für keine Revolutionen. In Mailand, in Paris, sogar in Deutschland, in Kassel, in Braunschweig und in Leipzig ließen die Bürgergardisten die Ouvertüre aus Stimme von Portici aufspielen, um Stimmung damit zu machen. Wenn die Chroniken sich nicht täuschen, so kann sogar die Posternung Belgiens von Holland auf das Stenka her „Stimme von Portici“ gezeigt werden. Es soll nach der Aufführung der „Stimmen“ das Berliner Publikum auf die Straße gestürzt sein

der Partitur heraus. Toni Widmann hat mit bestem Bemühen die musikalische Präzision auch äußerlich auszuführen versucht. Teilweise ist es gelungen. In der mimischen Deutung blieb sie dem Vorbild vieles schuldig. R. Schwartz war der Müll im Liebesvoller Krastbater. Sie selbst außer der Ouvertüre besonders im 4. Akt, mit der charakteristischen Begleitmusik des Schlummerliedes immerhin noch Schönheiten auf, denen man gerne lauscht. Das schmuck besetzte Haus nahm trotz der großen Hitze die Neuenstudierung kühl auf.

Rigoletto

Abchiedsvorstellung für Josef Kürh. Der Künstler wählte sich den Rigoletto, um in dieser Rolle den Karlsruheern adieu sagen zu können. Kürh kommt nach München. Wir verlieren in ihm einen hochmusikalischen Sänger, der bekanntlich nicht immer leicht zu finden sind, der es verstand, mit seinen Wunden, die ihm die Natur schenkte, gute Defonomie zu treiben. Sein volles Organ hat während seines heftigen Wirkens an Klanschaften merklich gemannet und wird bei richtiger Pflege und guter Schulaug noch einen Grad erreichen, den man mit ideal zu bezeichnen pflegt. Der Darsteller Kürh wählte immer zu interessieren, er war hier in manchen Rollen sogar dem Sänger Kürh über den Kopf gemachsen. (Bajazzo) Der Verkauf war groß, hümisches, das Abchiednehmen konnte fast kein Ende finden. Es ist anzunehmen, daß bei den Künstlern von Zeit zu Zeit wieder auf unsern Brettern begrüßen dürfen.

Für die Volkshöhne geht der Schwanz „Wer zuletzt lacht“ am Dienstag, 8., Freitag, 11. und Montag, 14. Juli, in Szene. — Mittwoch, 9. Juli, bringt als letzte Erkaufführung dieser Spielzeit Dietrich Christian Grabbes Lustspiel „Scherz Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“, eine hübsige Verjüngung der fahibablen Tageliteratur ihrer Entstehungszeit (1822). Wie überall, wo man neuerdings auf diese geistreiche und wispriehende Komödie wieder zurückgeht, so ist auch die hiesige Regie bemüht gewesen, dem Werk aktuelle Lichter aufzuwecken und satirische Seitenhiebe, die heute kaum noch verständlich wären, durch zeitgemäßere Anspielungen zu erleben. — Am Donnerstag, 10. Juli, wird Aubers große Oper „Die Stimme von Portici“ wiederholt werden und am Samstag, 12. Juli, anlässlich des Badischen Heimattages Emil Götzs Lustspiel „Der Schwarzkünstler“ neu einstudiert zur Wiederaufführung gelangen.

Am Sonntag, 13. Juli, gehen als letzte Opernaufführung vor den Ferien, die am 15. Juli beginnen und mit dem 13. September enden, Wagner's „Die Meisterfänger von Nürnberg“ in Szene. Robert Kiefer singt dabei zum erstenmal den David.

Partei-Nachrichten

Ein Jubiläum

Die Sozialdemokratische Partei Magdeburg konnte am Sonntag ein mehrfaches Jubiläum begehen. Neben dem Jubiläum des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg konnte die Volkstimme Magdeburg an diesem Tage auf eine 40jährige Tätigkeit zurückblicken. Das Magdeburger Parteiblatt hat aus diesem Anlaß eine umfangreiche Jubiläumnummer herausgegeben, die interessante Beiträge von einer Reihe Mitarbeiter enthält. Auch unsererseits unserem Magdeburger Mitstreiter zu dem feierlichen Anlaß unsere herzlichsten Glückwünsche.

Gemeindepolitik

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Baden-Baden eine Vorstandssitzung ab, in der sich der in den Ruhestand tretende Geschäftsführer Geh. Reg.-Rat Timme von dem Vorstand verabschiedete. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Winter sprach Herrn Regierungsrat Timme für die den badischen Städten in über 11 Jahren geleisteten wertvollen Dienste den wärmsten Dank aus und verband damit die besten Wünsche für seine durch die langjährige Berufsarbeit angegriffene Gesundheit. Zum Nachfolger wurde der Stellvertreter des bisherigen Geschäftsführers, Stadtratsrat Dr. Ketterer, ernannt.

Aus der umfangreichen Tagesordnung, mit der sich der Vorstand zu beschäftigen hatte, ist das **Mitwirkungsrecht der Gemeinden bei der Gesetzgebung** zu erwähnen. Die Städte lehnen sich gezwungen, nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die tatsächliche Sand- in der letzten Zeit vor allem bei der Vorlage des Finanzgesetzes vom 16. April 1930 sowie des Straßen- und Pfahlgelddesetzes vom 15. Mai 1930 erfolgt ist, nicht dem Sinne der Verfassungsbestimmung entspricht.

Eine geordnete Haushaltsführung ist den Städten nicht möglich, wenn ihr Anteil an den einzelnen Steuern, vor allem an den großen Reichsteuern, je nach den Bedürfnissen des Staatshaushaltes geändert wird. Der Städteverband unterstützt daher die Bestrebungen des Deutschen Städtetages auf das Nachdrücklichste, daß der Gemeinanteil an den einzelnen Steuern reichsrechtlich festgelegt, und daß dadurch eine gewisse Stetigkeit der Gemeinbeinahmen erreicht wird.

Aus Gründen der Vereinfachung und um eine größere Vergleichbarkeit der Haushaltsführung der einzelnen Städte zu erzielen, soll eine einheitliche Gemeinbelastung für den Haushaltsplan, das Kassen- und Rechnungswesen sowie die Rechnungsprüfung der Städte sowie ein einheitlicher Muster-Voranschlag aufgestellt und den Städten zur Annahme empfohlen werden. Aus gleichen Gründen erklärte sich der Vorstand ebenfalls grundrätlich bereit, der Anregung des Deutschen Städtetages entsprechend eine überörtliche Einrichtung zur betriebswirtschaftlichen Prüfung der städtischen Werke zu bilden.

In denjenigen Städten, in denen sich ein Amtsgericht befindet, läßt sich die weitere Beibehaltung der **Gemeindegereichte** bei der all-gemein bedrängten Lage der öffentlichen Finanzen heute nicht mehr rechtfertigen. Es wird daher bei der Regierung um Antrag gestellt, diese Gerichte aufzuheben.

Da die Straßensammlungen in der letzten Zeit einen unerträglichen Umfang angenommen haben, wird die Regierung ersucht, die Genehmigung zu Landesfeststellungen nur in dringenden begründeten Fällen zu gewähren und die Bezirksämter anzuweisen, bei der Genehmigung örtlicher Sammlungen entsprechend zu verfahren.

Im übrigen beschloß sich der Vorstand mit einer Reihe von Beitragsleistungen, die zum größten Teil abgelehnt werden mußten, da die voranschlagsmäßig bereitgestellten Mittel bei den dauernd steigenden Wohlfahrtskosten und den sinkenden Steuereinnahmen heute in den meisten Städten nicht einmal mehr zur Erfüllung der pflichtmäßigen Aufgaben ausreichen.

Aus der Stadt Durlach

Sozialistische Arbeiterjugend. Dienstag Probeabend im Jugendheim; Mittwoch Probeabend auf dem Turngemeindeplatz; Freitag Hauptprobe auf dem Turngemeindeplatz. Jugendgenossinnen und Jugendgenossen erscheint alle pünktlich. Sonntag: Jugendtag des Bezirks Mittelbaden. Rote Jugend kommt nach Durlach!

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

Sterbefälle. Emil Paul Liebers, Schreiner, Chemann, 70 Jahre. Friedrich Hermann Schell, Sattler, Chemann, 55 Jahre. Emilie Amalie Guffoch geb. Haber, Witwe, 57 Jahre. Ernst Christian Dezer, Kaufmann, Chemann, 55 Jahre. Wilhelmine Christine Kraut geb. Köffel, Witwe, 60 Jahre. Franz Joseph Groß, Maschinenmeister i. R., Witwer, Gröningen, 68 Jahre. Ingeburga

Unwetter im Oberland

Singen a. S.

Sonntag nachmittag gegen 6 Uhr zog von Südosten kommend ein schweres Unwetter über die Hohentwiel-Stadt und den Seeau. Ein wolkendruckartiger Regen ergoß sich einseitig Stundenlang ununterbrochen über die Gegend. An der Bahnunterführung bei Ensen stauten sich die Wassermassen so stark, daß die Fußgänger die Straßen nicht mehr passieren konnten. Die Autos konnten nur mühsam sich ihren Weg bahnen. In Tengen hat der Regen die Straße aufgerissen. Die Bauern hatten alle Hände voll zu tun, um das Wasser aus den Wohnungen zu schaffen. Zwischen Füssen und Weizen haufte das Unwetter fürchterlich. Die gut gepflegte Straße wurde aufgerissen und allich einem reißenden Strom. Das Passieren der Straße ist unmöglich. Die ganze Ortschaft liegt unter Wasser. Der Schaden an den Feldern ist außerordentlich groß. Man hat in hiesiger Gegend schon seit Jahrzehnten kein so schweres Unwetter mehr erlebt. Bei Weingen wurde ein Tagameter aus Singen durch die die Straße herabschießenden Wassermassen aus der Fahrbahn gerissen und an einen Baum geschleudert. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Füssen (Amt Donaueschingen)

Am letzten Sonntag zwischen 6 und 6.30 Uhr wurde das Kandenggebiet von einem äußerst schweren Unwetter heimbesucht. Besonders stark wütete das Wetter in Kandern, Erlenhöfen und Füssen. Die Runne und der Gaertensbach schwellen innerhalb kurzer Zeit so stark an, daß sich eine 4 bis 5 Meter breite Flutwelle nach Erlenhöfen und Füssen ergoß. Das Wasser drang in Erlenhöfen in verschiedene Keller ein. In Füssen wurden fünf Häuser unter Wasser gesetzt. Auch mehrere Stallungen ließen voll Wasser. In einzelnen Teilen des Ortes erreichte das Wasser einen Stand von 50 cm. Das Vieh konnte gerettet werden. Den größten Schaden erlitt die Hintermühle des Richard Schupp, wo erhebliche Mengen Getreide und Mehl durch Wasser vernichtet wurden. Auch die Straßen wurden überflutet und

Emilie Müller, Kind, 10½ Monate. Katharina Barbara Hardung geb. Dreher, Ehefrau, 42 Jahre. Hermann Walter, Zimmermannslehrling, Spielberg, 17 Jahre. Georg Werner Hent, Kind, 6 Jahre. Edward Rüdenacker, Fabrikarbeiter, Chemann, 50 Jahre. Hildegard Köbel, Kind, 9 Wochen.

Kleine bad. Chronik

Miern, bei Forstheim, 7. Juli. Schwere Unglücksfälle. Am Sonntag morgen 4 Uhr, rief der 22jährige Kaufmann Otto Weich von hier mit seinem Motorrad an einer Straßenkreuzung mit einem Personauto aus Stuttgart zusammen. Die Insassen des Autos, die auf der Heimfahrt von Karlsruhe waren, kamen mit Ausnahme einer mitfahrenden Dame mit dem Schrecken davon. Die Dame, die aus dem Auto geschleudert wurde, erlitt am Arm und Beinen Verletzungen. Der Motorradfahrer Weich dagegen wurde schwer verletzt. Er erlitt eine Querschnitts des Brustkorbes, verschiedene Rippenbrüche und eine Gehirnerschütterung. Der Verunglückte liegt im Krankenhaus schwer darnieder.

Untergruppenbach (bei Bruchsal), 7. Juli. Fatal. Ein Erdbeerfreund kaufte in einer der letzten Nächte ein Körbchen voll Erdbeeren aus einem fremden Garten. Fatalerweise ließ er dabei seine goldene Uhrbanduhr am Erntepfahl zurück. Er kann nun das Urmband gegen Ertrag der gestohlenen Erdbeere beim Gartenbesitzer abholen. Bleichst überleert er sich und läßt das Urmband „schwimmen“.

Gernsbach, 7. Juli. Zugentgleisung. Am Sonntag abend gegen 6 Uhr entgleiste die Lokomotive des Personenzuges 1275 auf der freien Strecke zwischen Gernsbach und Hilbertsau infolge Kruges einer Tragfedersäule an der nördlichen Laufschleife der Lokomotive. Personen wurden nicht verletzt. Der Verkehr war etwa 3 Stunden lang unterbrochen und mußte durch Umleitungen aufrecht erhalten werden.

Jell a. S., 7. Juli. Beim Kirchengeläute verunglückt. Die Frau des Landwirts Brücher stürzte beim Kirchengeläuten von der Leiter, weil eine Stange brach. Sie wurde mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht.

In Unterarmersbach erlitt der 70 Jahre alte Hofbauer Andreas Pflie, auf der Leiter stehend, einen Schwindelanfall und stürzte ab. Er wurde tot vom Plage getragen.

an vielen Stellen aufgerissen. Auch bei Zollhaus und Blumberg ist der Schaden sehr groß.

Freiburg

Die fast tropische Hitze brachte am Sonntag nachmittag und abend die zu erwartende Entladung. Von 3 Uhr nachmittags an begann es zu regnen und zwischen 4 und 5 Uhr zog sich ein Unwetter über Freiburg und der weiteren Umgebung zusammen. Nahezu eine Viertelstunde lang prasselte ein Hagelschlag von so großer Dichte, daß er wie ein Schleier wirkte, nieder. Große Wassermassen ergossen sich durch die Straßen und die abgesehlagene Baumrinne und Blätter verstopften in wenigen Augenblicken die Abfluskanäle. An vielen Stellen der Stadt, so in der Güntertaler Straße, Lorettstraße, Haslach, Herdern, Oberwiehre usw., insgesamt an etwa 15 Stellen der Stadt, bildeten die Wassermengen große Seen und überfluteten auch zum Teil die Kellerräume. Bei der Feuerwehrentlastung dauern Meldungen über Wassereinträge ein und drei Rettungszüge der freiwilligen Feuerwehr mußten in den verschiedenen Stadtteilen ihre Sätze einsetzen, teils dem Wasser Abfluß verschaffen, oder die Kellerräume wieder auspumpen. In den Gartenanlagen und den Feldern hat der starke Hagelschlag außerordentlich schweren Schaden angerichtet, der sich bis jetzt noch nicht übersehen läßt. Erst gegen 7 Uhr abends ließ das Gewitter etwas nach. Das Thermometer sank rasch von 33 auf 17 Grad. So brachte das Unwetter wenigstens die ersehnte Abkühlung.

Thringen a. K.

Auch das östliche Kaiserstuhlgebiet zwischen Thringen, Gottenheim wurde von dem Hagelschlag stark in Mitleidenschaft gezogen. Kalkenbrunnartiger Regen machte Wege und Straßen ungangbar. Die Bahnhofsanlagen von Thringen wurden zum Teil überflutet und Schienen und Weichen verflammt. Von Gottenheim aus mußte Hilfe angefordert werden, um diese Verkehrsstörungen und Beschädigungen an den Bahnanlagen zu beseitigen. Der Zugverkehr erlitt keine Unterbrechung.

Gengenbach. Die zurückgenommene Brotpreiserhöhung. Die not einigen Tagen von der Bäckerei vorgekommene Brotpreiserhöhung, ist nun, nachdem die Bäcker eingesehen haben, daß es nicht so ohne weiteres geht, wieder rückgängig gemacht worden. Viele Familien, die zum Kaufe Brotkrumen besogen haben, beklagen, als die Preiserhöhung einsetzte, die Brotkrumen einfach ab. Auch die Kritik in der Presse hat gezogen. Jetzt achtet auch wieder auf dem früheren Preis.

Der nasse Tod

Durmshheim. Am Sonntag morgen wollte der Monteur Ulrich Heil von hier im Rhein ein kühles Bad nehmen. Raun hatte er das Wasser betreten, als er untertan und nicht mehr an die Oberfläche gelangte. Lebensfalls hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

Marlen, 7. Juli. Bei dem Versuch den Rhein zu durchschwimmen, ertrank hier ein etwa 30 Jahre alter junger Mann aus Trient. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Mannheim, 7. Juli. Am Sonntag vormittag ist beim Baden im Stranbad der verheiratete 45 Jahre alte Kraftwagenführer Wilhelm Gaffe ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Am Sonntag nachmittag wurde aus dem Rhein die Leiche eines bis jetzt unbekanntes Mannes im Alter von 40-45 Jahren geborgen. Der vermutlich beim Baden ertrunkene Mann ist mittelgroß, dunkelblond, bartlos, hat vollständige Zähne und trägt um die Hüften nur einen alten Stoffrock.

Gernsheim (Ried), 7. Juli. Der 28jährige Arbeiter Aug. Kopp, ein guter Schwimmer, sprang ohne sich abzukühlen, in den Rhein und versank sofort in den Fluten. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt. Die Leiche wurde noch nicht geborgen.

Eine gute Bratensoße war von jeher der Stolz der Hausfrau. Ihre Zubereitung erfordert viel Aufmerksamkeit und Verständnis. Heute stellt man sie einfach mit Hilfe der von Maggi neu herausgebrachten Bratensoße (in Würfelform) her. Ein solcher Würfel ergibt ohne Umstände, nur durch Aufkochen mit Wasser, ¼ Liter vorzügliche Soße, die man zu Braten aller Art, Nieren, Gulasch, Nudel, Klößen, Kartoffelgerichten usw. verwenden kann. Machen Sie einen Versuch, und Sie werden Maggi's Bratensoße ebenso schätzen wie die altbekannten Qualitätserzeugnisse der Maggi-Gesellschaft.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN		
<p>Leipheimer & Mende</p> <p>Das Spezialgeschäft für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- u. Haushaltstoffe</p> <p>WERKSTÄTTE FÜR GERÜSTBAU Heinrich Kling jun. Karlsruhe i. B., Sophienstr. 114 / Fernruf 5175</p> <p>Anzeigen im Volksfreund Von den politischen Tageszeitungen Mittelbadens die weitest Reichweite bringen sicheren Erfolg!!</p>	<p>Brauerei Huttenkreuz</p>  <p>St. Martinsbier</p> <p>Eis- und Mineralwasserfabrik / Bier-Großhandlung KETTERER-BIER Lieferung an Jedermann — Schnellste und reelle Bedienung Merz G. m. b. H. Hirschstraße 30 Fernruf 7629</p> <p>Fridolin Morlock Werkstätte feiner Maß-Schneiderei für Damen und Herren Spezialität: Sport-Bekleidung Karlsruhe i. B. / Fernsprecher Nr. 5400</p>	 <p>HERMANN TIETZ KARLSRUHE</p> <p>Essigfabrik Karlsruhe (Baden) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Augartenstraße 75 / Telefon 312 Qualitätsmarken — Garantiert reine Gärungsprodukte</p> <p>K. GÖSSEL / Karlsruhe, Kriegsstraße 97 Telephon Nr. 6938/39 Baumaterialien und Marmor, Platten-Spezialgeschäft Ausführungen in: Wand- und Bodenplatten aller Art, Asphalt, Dachdeckungs- und Zementarbeiten Fabrikation in: Kunststeinen, Zement- und Marmorwaren aller Art</p>



Groß-Karlsruhe



Karlsruher Hafenverkehr im Juni 1930

Der Wasserstand des Rheins war im Juni 1930 für die Großschifffahrt von und nach Karlsruhe günstig. Am Pegel zu Maxau gemessen, schwankte er zwischen 531 Zentimeter am Anfang des Monats, 553 Zentimeter am 11. und 507 Zentimeter am Ende des Monats, so daß im ganzen Monat keinerlei Schiffsleichterungen erforderlich waren.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Berichtsmontat 56 Güterboote und 194 Schleppfähnen angekommen sowie 57 Güterboote und 206 Schleppfähnen abgegangen. Der Güterbootsverkehr hielt sich nach auf der Höhe des Vormonats, während der Schleppfähnenverkehr unter dieser zurückging, was durch eine geringere Verkehrsmenge (sowohl bei der Zufuhr, wie bei der Abfuhr zum Ausdruck kommt). Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im Juni 1930 rund 55 000 T. kleiner als im Mai 1930 und rund 74 000 T. kleiner als im Juni 1929, was ausschließlich auf die bedenkliche Verkehrslage der Lage der deutschen Volkswirtschaft im allgemeinen und der deutschen Rheinschifffahrt im besonderen zurückzuführen ist.

Mit den städtischen Motorbooten sind im Juni 1930 insgesamt 5226 Personen befördert worden, eine Monatssiffer, die seit Aufnahme der Personenbeförderung von Karlsruhe aus noch nicht erreicht worden ist und ihre Ursache hauptsächlich in der günstigen Witterung an den Fingstfeiertagen und in der Vermehrung der Motorboote hat.

25 Jahre Verein städtischer Arbeiter

Am Samstagabend beging im Saale der „Markthalle“ der Verein städtischer Arbeiter die Feier seines 25jährigen Bestehens. Der zehnjährige Vorstand hat sich bemüht diesem Jubiläum eine besondere feierliche Umrahmung zu geben, wobei ihm der Gelangverein „Harmonie“ (Gem. Chor) in freundschaftlicher Weise zur Seite stand. Da auch der Musikverein Karlsruhe eine ausgezeichnete Orchesterabteilung zur Verfügung stellte, konnte ein ausgezeichnetes Programm geboten werden. Zur Eröffnung der Feier beauftragte der 1. Vorsitzende Herr Singer die zahlreiche Festversammlung, die den Markthallen bis auf den letzten Platz füllte. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß der Verein in dieser Weise sein Silberjubiläum feiern kann. Auch der Befreiung der Pfalz und des Rheinlandes gedachte der Redner Musik und Versammlung antworteten mit dem Deutschlandlied. Hierauf brachte die Harmonie die „Somme an die Wahrheit“ von Uthmann zum Vortrag. Im Anschluß hieran folgte die Ernung von 18 Mitglieberei für 25jährige und 15jährige Mitgliedschaft. Der Vorsitzende betonte dabei, daß diese Männer dem Verein die Treue wahren, insbesondere auch, als der Verein in seinem Ziele, eine neue Weidung ab, das Ziel der sozialen Freiheit. Möge sich hierin die heutige Jugend ein Beispiel nehmen. Hierauf hielt der 2. Vorsitzende, Herr Seger, die Rede, in welcher er die Entstehung und Entwicklung des Vereins behandelte, der die alten Arbeitervereine der städtischen Betriebe zu Vorgängern habe, bis sie im „Verein städtischer Arbeiter“ zu einem Verein zusammengeschlossen wurden. Während diese Vereine einst Geseftigkeitsvereine waren, hat die neue Zeit dem geeinten Verein auch neue Ziele zugewiesen. Er will seinen Mitgliedern einen Rückhalt für den Lebenskampf bieten und zwar allen, gleich welcher politischen Anschauung.

Am Samstagabend fand die offizielle Teil beendete und der unterhaltende Teil kam zu seinem Rechte. Er wurde eingehend mit einem stilschön vorgeführten „Menuett“, getanzt von Frau Schöne und Frau Saffari. Dem folgten weitere Chöre der „Harmonie“, Musikstücke und ein hübscher Trachtentanz „Die Dindl aus Zillerthal“, ein heiterer Tanz mit Tans, ausgeführt von Frau Schöne, Frau Bek, Frau Haffner und Frau Rott. Auch eine Gabenverteilung folgte und auch am Schluß ein Theaterstück „Sochmai kommt vor dem Fall“ (Oberbayerisches Volksstück mit Gesang). Alle Tänze und auch das Theaterstück wurden von Mitgliedern der Theaterabteilung der Harmonie“ ausgeführt und gut ausgeführt, jedoch alle Darbietungen schließlichen Beifall fanden. Auch gelang es der gemischten Chor der „Harmonie“ (M. v. D. S.), unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Falkenberg in Gesang und Vortrag auf rechtstatter Höhe. Der Verein darf mit Genugtuung auf die Veranstaltung zurückblicken.

Bezirksversammlungen der Sozialdem. Partei

Bezirk 1 (Eigenhandbau, Kasernen usw.)
Die am Samstag, 5. Juli, im „Prinz Berthold“ stattgefundene Bezirksversammlung hätte in Anbetracht der Tagesordnung gerade von den Erwerbslosen besser besucht sein können. An Stelle des verhinderten Genossen Koch hatte Gen. Kluge das Referat übernommen über den „Abbau der Erwerbslosenversicherung“. Der Redner führte u. a. aus: Der Anlaß zu dem Versuch, die Leistungen der Erwerbslosenversicherung herabzusetzen, ist in der Wirtschaftskrise zu suchen. Das große Problem ist nun, diese Krise zu überwinden resp. die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Partei und Gewerkschaften sind sich klar, daß nur die Kaufkraftstärkung uns aufwärts führen kann. Die Unternehmer versuchen, die Kosten der Anfertigung der Wirtschaft auf die Arbeiterkraft abzumwälzen. Anstatt die Kaufkraft zu heben durch Preisabbau, wollen sie zuerst die Löhne senken, um dann schließlich die Preise herabzusetzen. Durch die große und lang andauernde Arbeitslosigkeit halten die Unternehmer die Arbeiterkraft für so schwach, daß sie nun auch einen Abbau der Sozialgeseke versuchen können. Die Änderungen des Erwerbslosenversicherungsgesetzes sind für Partei und die Gewerkschaften untragbar, ebenso der Abbau der Leistungen der Krankenkassenversicherung. Partei und Gewerkschaften stehen in einem schweren Kampf, der leichter auszufechten wäre, wenn das Proletariat einig wäre und mühte, wohin es geht.

Die einleitende Diskussion, an der sich die Genossen Wiltner, Digeier, Krause, Wols und Drollinger beteiligten, brachte manchen guten Gedanken autage und betonte alle Redner, wie notwendig die Stärkung der Arbeiterbewegung ist. — In seinem Schlusswort bewies Gen. Kluge an Hand einiger Zahlen, wie weit wir noch entfernt sind, die arbeitende Klasse organisiert zu haben und welche Macht wir darstellen könnten, wenn jeder Arbeitende wüßte, wo er hingehört.

Genosse Drollinger dankte dem Referenten und machte noch Ausführungen über die kommenden Gemeindevahlen, unser Winterprogramm, Agitation für Partei und Presse und konnte um 12 Uhr die Versammlung schließen.

Bezirk Oststadt

Am Mittwoch, 2. Juli, sprach in einer Mitgliederversammlung des Bezirks Oststadt Gen. Koch über den städtischen Voranschlag. Nach einer Darstellung der Kapitalnot der Städte gab der Referent einen kurzen Überblick über die gesamten Einnahmen und Ausgaben und ihre Verteilung auf die verschiedenen Etatspositionen, um dann die verschiedenen Positionen einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. Es ist unmöglich, in einem kurzen Bericht ein vollständiges Bild der städtischen Finanzlage wiederzugeben; es sollen daher nur einzelne wesentliche Punkte herausgegriffen werden. Bei dem Kapitel Schulen hob der Referent besonders auf das Mangelverhältnis bei der Verteilung der aufgewandten Mittel auf die einzelnen Schularten ab. Bei der Volksschule entfallen auf einen

Der Stadtrat hat beschlossen

Straßenbenennungen

Die auf dem ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz, der in Nähe überbaut wird, neu anzulegenden Straßen erhalten folgende Benennungen: Der dem Bauhof gegen die Durlacher Allee vorgelagerte Platz „Gottesauer Platz“; die westliche Straße „Buntestraße“ (Hofrat Dr. Hans Bunte, Professor der Chemie an der Technischen Hochschule, ehemaliger langjähriger Berater der Stadt auf dem Gebiete der Gasversorgung); die Straße mit Innenbebauung „August-Schwall-Straße“ (Reichsbahnoberinspektor a. D. August Schwall, Mitgründer und derzeitiger langjähriger Vorstand des Mieter- und Bauvereins, welcher den Platz in großzügiger Weise zu bebauen im Begriffe steht).

Die Straßenbrücke und Straßenbahnüberführung über die Alb im Zuge der Durlacher Straße in der Nähe der Zepelin- und Edener Brücke erhält nach dem Chefkonstruktur der Zepelinwerk, Direktor Dr. Ludwig Dürr, den Namen „Ludwig-Dürr-Brücke“.

Die Straße hinter der ehemaligen Grenadiertierne und dem Landesfinanzamt, die heute „Friedrichstraße“ heißt, erhält wieder die frühere Benennung „Grenadiertstraße“. Die Domalgelstraße — Straße zwischen Mollestraße und Grenadiertstraße — wird in „Friedrichstraße“ umbenannt. Die Domalgelstraße beginnt also künftig an der Grenadiertstraße.

Herrichtung des Geländes um die Ausstellungshalle

Der unansehnliche Zustand des Geländes um die Ausstellungshalle soll durch Herstellung einer einfachen Grünanlage verbessert werden. Auch besteht die Absicht, auf der Ostseite der Ausstellungshalle einen Durchgangspfad anzulegen. Aus Mangel an Mitteln muß die Durchführung der Arbeiten auf das nächste Jahr zurückgestellt werden.

Notstandsarbeit für Wohlfahrtsvereine

Beim Bürgerauschuß wird die Zustimmung zur Vornahme einer Regierarbeit beantragt. Es handelt sich um die Beschäftigung von ausgeleiterten Erwerbslosen und solchen Arbeitlosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Die Arbeit bezweckt die Schaffung von 70 000 Quadratmetern neuen Industriegebäudes unmittelbar nördlich des Rheinbades durch Abtragung und Auffüllung größerer Erdmassen. Es können dabei rund 150 Arbeitslose 10 Monate

lang beschäftigt werden. Der Gesamtaufwand beläuft sich auf 303 000 RM.

Neue Wohnungsbauborlage

Für die 1. Bauabschnitt 1930 wurde in der Bürgerauschussung vom 28. Februar 1930 ein Kapital von 2 Millionen Mark bereitgestellt. Der Stadtrat hat nunmehr beschlossen, dem Bürgerauschuß eine zweite Borlage zu unterbreiten, welche wiederum 2 Millionen Mark für städtische Bauhypotheken vorstelt. Nach Genehmigung der neuen Borlage werden also insgesamt 4 Millionen Mark für Darlehen vorhanden sein und für etwa 950 Wohnungen ausreichen. Zur Kapitalbeschaffung ist die Aufnahme eines Anlehens von 1 Million Mark erforderlich; die übrigen 3 Millionen Mark werden aus Wohnungsbaudarlehen des Staates und aus dem städtischen Anteil aus der Gebäudeabsonderung gedeckt. Neben den Bauhypotheken dürfen, wie bisher, Zinsbeihilfen gewährt werden, und zwar ebenfalls für 950 Wohnungen.

Zulaginsbeihilfen

Die für das Wirtschaftsjahr 1929 festgelegten Richtlinien für Zulaginsbeihilfen in Fällen besonderer Art gelten auch für das Jahr 1930.

Förderung des Wohnungsbaues

Zur Erstellung von 4 Neubauten (2 Flachbauten und 2 Hochhäuser) mit wahlweise 20 Wohnungen wurden städtische Bauhypotheken von insgesamt 87 000 RM. und Zinsbeihilfen aus einem Förderungsbetrag von 183 700 RM. ausgetagt. Die zu fördernden Wohnungen verteilen sich auf 1 Zweifamilien- und 11 Dreifamilienwohnungen, 7 Vier- und 1 Fünffamilienwohnung. Die Neubauten werden an der Durlacher und Pfalzstraße sowie am neuen Bahnhof erstellt.

Wochenmarkt in Mühlburg

Dem Wunsch weiter Bevölkerungsteile von Mühlburg entsprechend, wird beschlossen, von Montag, 7. Juli, ab im Stadteil Mühlburg einen Wochenmarkt einzurichten. Der Markt wird vorerst verschuldet auf dem Fliederplatz abgehalten. Märkte finden statt am Montag, Mittwoch und Freitag.

Lehrer 38 Schüler, bei den höheren Schulen nur 18. Die Ausgaben pro Schüler belaufen sich in der Volksschule (ebenso in den Fachschulen) auf 164 M., bei den höheren Schulen auf 327 M. Unsere mäßigen wirtschaftlichen Verhältnisse spiegeln sich auch in dem Kapitel Wohlfahrtsvereine wider; 7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung stehen in Fürsorge. Der Aufwand pro Kopf der Bevölkerung beträgt 90 M. Um die Abwanderung von Industrien (Berta) zu verhindern und neue Industriezweige (z. B. Nischelinnere) herausziehen, mußte für dieses Jahr von einer Erhöhung der Umlage abgesehen werden. Dafür war die Erhöhung des Umlages und die Einführung einer Zehnerlinie unumgänglich. Bei den städtischen Betrieben ist eine feste Aufwandsminderung festzustellen, die beste Rechtfertigung für den Munizipaldefizitismus. Einer eingehenden Betrachtung unterzog der Redner dann die Konzentrationsbestrebungen in der Gas- und Elektrizitätsversorgung und kam zur Forderung der Erhaltung der Selbständigkeit der städtischen Betriebe, die mit dem großen Vorzug der billigen Versorgung der Konumenten noch den der Unabhängigkeit in der Produktion und Preisbildung verbinden. Weitere Ausführungen befaßten sich mit der städtischen Sparfrage, dem Schlachthof und dem Rheinbade. Der Redner sprach sich für die Errichtung eines zeitgemäßen Altersheimen werden von gewisser Seite immer noch große Widerstände entgegengeleitet. Interessant waren die Anträge, die verschiedenen Parteien zu den einzelnen Positionen einbrachten. Sie waren vielfach nicht von sachlichen Erwägungen diktiert, sondern trugen im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen eine ausgesprochene politische Tendenz. In großem Gegensatz zu diesen Tendenzanträgen steht die sachliche Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion bei der Erörterung. Dem Erfolg ihrer Arbeit sind zwar gewisse Schranken gezogen, einmal durch die abgemessene wirtschaftliche Lage, zum anderen durch die zahlenmäßige Unterlegenheit gegenüber den anderen Parteien. Es muß anerkannt werden, daß innerhalb dieser Schranken die sozialdemokratische Fraktion für die Interessen des wertigen Volkes bei der Erörterung herausgeholt hat, was herauszuholen überhaupt möglich war. Das gibt uns die Berechtigung, den kommenden Wahlen mit Zuversicht entgegenzusehen.

Die interessanten, von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und lösten eine rege Diskussion aus, an der sich beteiligten die Gen. Kluge, Klein, Fischer, Kraus und Jester. Nachdem der Vorsitzende Gen. Deubel noch Ausführungen über die Ballfrage gemacht hatte, konnte er die Versammlung kurz vor Mitternacht schließen.

(-) Ein Rückblick auf die nunmehr geschlossene und auch bereits wieder abgebaute Ausstellung für Lebensmittel, Feinstoff und Artikel des täglichen Bedarfs ergibt, daß diese Ausstellung zweifellos mit zu den bestarrangierten und erfolgreichsten Unternehmungen dieser Art in den ganzen letzten Jahren zu zählen ist. Sowohl die Aussteller selbst wie auch die für den Einkauf in Betracht kommenden Kreise äußerten sich darüber sehr lobend über die Ausstellung und ebenso hört man über die gestifteten Umfänge im allgemeinen nur Günstiges. Der Besuch seitens der Verbraucherschaft hätte vielleicht noch etwas besser sein können, wenn man aber die ganzen bereiteten Verhältnisse und den nicht zu übersehenden Umfang in Betracht zieht, daß die Ausstellung in die letzte Woche des Monats fiel, so darf man auch hierbei zufrieden sein.

(-) Um die Sommer-Schulferien. Ein Familienvater schreibt uns: In diesen heißen Tagen des Monats Juli haben die Kinder größtenteils am Nachmittag schulfrei. Ein geordneter Schulfreiericht (auch in den letzten Vormittagsstunden) ist bei dieser Tropentemperatur kaum möglich. Meines Erachtens müßten die Sommerferien ab Mitte Juli beginnen bis Ende August. In Preußen sind die Ferien ab 1. Juli bis Anfang August. Wäre es nicht ratsam, auch bei uns den Zeitpunkt des Sommer-Ferienanfangs etwas früher zu verlegen? — (Hierzu sei bemerkt, daß nicht, wie vielfach angenommen wird, die Ferienzeit von der örtlichen Schulleitung bestimmt wird, sondern dies gehört zu den Obliegenheiten des Staates bzw. des Unterrichtsministeriums.)

(-) Die badischen Trachten beim Milienfestzug. Um beim Festzug der badischen Bürgermeisten und Wägen auch die Trachten gebührend in Erscheinung treten zu lassen, hat die Freileitung des „Badener Heimatvereins“ beschlossen, die zum Heimatfest erscheinenden badischen Trachten auf der Freitreppe des Rathauses aufstellen zu lassen. Sobald der Milienfestzug auf dem westlichen Gehweg vor dem Rathaus anlangt, wird ein Trachtenmädchen dem Quasileiter der Eiltlinger Bürgerwehr, die als 1. Gruppe marschieren, ein jünniges und der Bedeutung der Veranstaltung angedeutet. Geht als Gruß der badischen Trachten überreichen. Der Festzug hält kurz an und marschieren dann mit „Augen

links“ an der Loggia des Rathauses vorbei, wo der Staatspräsident und die Vertreter der Reichs-, Staats- und Gemeindevörden den Festzug abnehmen. Auf der Loggia „Laudeninsel“ in der Nähe des Festplatzes nehmen beiderseits des Ludwigsbrunnens die Bauherren und die Gauder Trachtenkapelle Aufstellung und spielen solange, bis der Zug auf dem Marktplatz ankam.

Sommer-Derette im Städtischen Konzerthaus. Mit der Premieren „Die goldne Weiberrin“ von Julius Brammer und Alfred Grünwald, Musik von Edmund Ecker eröffnet am 15. Juli d. J. die Sommer-Derette im Städtischen Konzerthaus ihre diesjährige Spielzeit. Der Vorverkauf für Eintrittskarten beginnt bereits ab Montag, den 7. Juli und zwar in folgenden Vorverkaufsstellen: Musikalienhandlung Müller, Katerstraße, Verkehrsverein, Pfalzstraße, Holzplatz, Werderplatz 48, Jagarrenhaus Raier, Ludwig-Wilhelmstraße 20, Westbadhandlung Väterath, Gabelsbergerstraße 1. Ferner an der Kasse des Städtischen Konzerthaus von täglich 10 bis 1 Uhr und nachmittags von halb 5 bis 6 Uhr.

Straßenbahnbetrieb nach Kapfenwört. Nachdem die Gleiserweiterungsarbeiten auf der zum Rheinstrandbad Kapfenwört führenden Strecke der Linie 2 nunmehr endgültig fertiggestellt sind — betriebliche Schwierigkeiten ergaben sich schon seit längerer Zeit durch den Betrieb zweifelhafte Ausbaue — wird bei verstärktem Bahnbetrieb die Zugfolge der nach Kapfenwört verkehrenden Straßenbahnlinie durch Einlegung einer Einleitlinie Westhalle — Marktplatz — Hauptbahnhof — Kapfenwört auf 7½ Minuten verkürzt.

Zur Einkürzung im Wasserverbrauch teilt das Stadt. Wasserversorgungsamt mit, daß die tägliche Wasserverbrauch je Kopf der Einwohnerzahl auf circa 200 Liter gesunken ist. Es ist dies eine Menge, die das Höchstmaß anderer Städte weit übersteigt und vielerorts überhaupt nicht zur Verfügung steht. Diese aussergewöhnliche Verhältnisse haben das Stadt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt veranlaßt, an die Einwohnerzahl eine Mahnung zur Mäßigung im Wasserverbrauch zu erlassen.

Lichtspielhäuser

(-) Residenz-Vishniewski. Die tropisch-heiße Witterung bedingt fürverlich und zeitlich leichte Kost, möglichst im eisgekühlten Saft. Dieser unbedingten Forderung trug die höchste Leistung der Residenz-Vishniewski Rechnung, indem sie einen ganz ausserordentlichen, harmonischen Film mit großem Musik- und Gesangsbeitrag auf das Programm legte, der trotz Hitze und Durstgefühl ein befallsverdringendes Publikum anlockte und ferner anlocken wird. Der Frauenliebhaber Harry Lieble spielt in dem Film „Die Liebesten“ die höchst dankbare Hauptrolle als Geliebterführer des kühnen, apertifisch ammutenden Delikatessenhändlers von Paul Wallis. Der hübsche Direktor löst Kundigkeit auf Kundigkeit ab, besonders junge, hübsche Damen, denen er sich mit besonderer Hingabe widmet. Ein toller Ball um Mitternacht im Delikatessenladen wird von der Polizei arauam zerlegt, der Direktor wird fristlos entlassen, seine Kampanen mit ihm, er geht schnell umgewandelt, zur Konkurrenz, am Ende Vertreibung der beiden Geschäfte, Harry Lieble oder Alia Frau Dellmer kommt zu einer reizenden Frau und zu einer Bombenstelle. Der Schluß ist so märchenhaft schön, daß Gänge lo erziehend heiter und frohgemut, daß dieser Film im geistigen Sinne einen erquickenden Bad in brauender Mut gleichkommt. Der reizende Schloher: „es muß nicht Sommer sein mit Wassonnie, man kann auch glücklich sein bei harter Kälte“ bezieht das Ganze und beglückert lumen ihm alle beim Nachbauergehen. Auch das vorzügliche Programm mit u. a. hübschen Vadeisenten aus Kapfenwört, einem Kostümstück „Alte Kleider“ und einem Zeitentwurf, verdient erwähnt und anerkannt zu werden.

Fundvogel im Union-Theater. Wie in seiner „Uraume“, so hat Hans Heinz Ewers auch in seinem Roman „Fundvogel“ ein medizinisches Problem mit in die Handlung verknüpft, und zwar hier die log. Transplantation der Gesichtsfaser, das heißt, die Umwandlung eines Gesichtsfaser in ein anderes. Daneben läuft eine spannende Liebeshandlung. Die Verfilmung des Romans ist bester gelungen. Wenn auch beim Film die Wirkung des Wortes und der Sprache fehlt, so ist dafür die plastische Darstellung des Gesichtsfaser ein guter Ersatz. Der Schauplatz der Handlung ist alljährlich barmherzig. Bilder von großer landschaftlicher und architektonischer Schönheit rollen ab. Die Darsteller, es sei nur Paul W. e. a. n. e. r. und Camilla Horn genannt, hinterlassen in der Verlebendigung des Romans tiefste Eindrücke. Die Union-Lichtspiele haben wieder einen guten Griff mit der Wahl dieses Films getan. Das Theater-Direktor unterteilt die Handlung durch eine alljährig, zum menschliche Musik, die einunddreißig zu Gehör gebracht wird.

Die Polizei berichtet:

Berkehrsunfälle

Am Montag nachmittags verunglückte der Führer eines Motorrades, der ein 20 Jahre altes Fräulein auf dem Sozius mit sich führte, infolge Auberachlassung des Vorfahrtsrechts Ecke Koch- und Vorholzstraße einen Zusammenstoß mit einem Perlenkrochtmotorwagen. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Das Fräulein erlitt leichte Verletzungen am linken Bein. Der Autoführer lag im Schutten, im linken Augenlid noch auszuweichen, auf den Gehwegen, wo er einen Alleebaum anfuhr und beschädigte.

Außerdem ereigneten sich am Montag 4 Verkehrsunfälle leichter Art.

Unfälle

Am Samstag abend erlitt eine in einem Hause der Waldstraße beschaffte ledige Hausangestellte im Treppenhaus des betr. Hauses durch einen Unfall, daß ihr ein Wehring ihres Dienstherrn, der ihr zuvorkommen wollte, über das Treppengeländer hinweg auf den Kopf sprang. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte im Krankenhaus aufgenommen werden.

Ein Arbeiter erlitt am Sonntag frühste am Montag nachmittags vom zweiten Stock eines Hauses in der Hühnerstraße, wo er mit Reparaturarbeiten beschäftigt war, ab und brach sich beide Unterarmen.

Diebstähle

Am Montag wurden 3 Fahrraddiebstähle angezeigt. In einem Falle wurde von einem Fahrradbauer ein Fahrrad im Werte von 10 Mk. gestohlen.

In den Anlagen am Friedrichsplatz wurde ein Herrenfahrrad Marke „Mandener“, herrenlos aufgefunden.

Am Sonntag waren 7 Fahrräder als gestohlen gemeldet worden.

In der Wohnung eines Baders in der Lessingstraße entwendete ein unbekannter Täter 25 Mark aus dem Küchenschrank.

Ein Lehner Mechaniker, der einem Holzdreher im Umkleideraum eines Saunabades den Betrag von 7 Mark aus der Hand gestohlen hatte, wurde am Montag festgenommen und wegen Verdunkelungsgefahr hinter Schloß und Riegel gebracht.

Aus einem in der Mosarstraße aufgestellten Auto wurde eine Kettenschleife mit Bauzeichnungen im Werte von 200 M. entwendet.

Ein Taschendieb entwendete einem Fotografen in der Beiertheimer Allee einen Geldbeutel mit 90 M. Inhalt.

Aus einem Hof in der Ritterstraße verschwand eine Palme im Wert von 30 M.

Außerdem wurden eine ganze Reihe von kleineren Diebstählen angezeigt.

Körperverletzungen

Ein 32 Jahre alter Metzger wurde am Sonntag abend Ecke Markgrafen- und Kronenstraße von 3 Romdies zu Boden geschlagen, wobei ihm das rechte Schultergelenk ausgerenkt wurde.

In der Nacht zum Sonntag erlitt auf einem Festplatz an der Kesselfstraße ein verb. 28 Jahre alter Mann von seinem Gegner mit einem Bierkrug einen Schlag auf den Kopf, so daß er eine Schwellung davontrug.

Ein verb. Arbeiter verlegte am Sonntag mittags in einem Hause der Schillerstraße in Durlach 2 Personen durch Stöße mit einem Schlagring.

Außerdem gelangten mehrere Personen wegen Körperverletzung zur Anzeige.

Ein Fuhrmann von auswärtig gelangt zur Anzeige, weil er seine vor einem schwer beladenen Kohlenwagen gespannten Pferde durch Schläge mit einer Schaufel und mit dem Peitschenstock zu mißhandelte.

In der Befehdsstraße rissen unbekannte Täter an einem Vorgarten zwei Eichen von den Postamenten. Der Hauseigentümer erlitt einen Schaden von etwa 50 M.

(1) Vom Ortsverband der Kleingartenvereine Karlsruhe e. V. sind uns folgende Nachrichten: Anlässlich der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst, die unter anderem Herr Oberbürgermeister Dr. Finster, das man mit Recht Karlsruhe die Stadt der Gärten nennen dürfte. Es kann wohl zutreffen, daß Karlsruhe eine gewisse Bekanntheit erlangt hat, in Grün und Schmuckanlagen, aber in Betr. Wirtschaftsgärten (so genannte Kleingärten) steht Karlsruhe an letzter Stelle. Das beweist der Mangel der jessien Pflanzentriebe, geht man doch dazu über, die Kleingartenbewegung zu zerlegen, obwohl gerade in der heutigen Wirtschaftslage die Kleingärten für die minderbemittelte Bevölkerung mehr denn je von Nutzen sind. Obwohl der Schöpfer des Generalbauplanes uns stets verichert, ein wohlwollendes Herz für die Kleingartenbewegung zu haben, aber das Verhalten der Stadt gegenüber der Kleingartenbewegung beweist das Gegenteil, indem uns immer mehr Kleingartenelände entzogen wird, welches zum großen Teil nicht der Bebauung anheim fällt. Auch die einjährige Bebauung von Gelände trägt nicht dazu bei, die Kleingartenbewegung im Interesse des Volkes wirtschaftlich und kulturell zu heben, was doch Aufgabe des Staates und der Gemeinde sein sollte und hier die allerwenigsten Mittel benötigt werden. Da sich die Kleingartenbewegung aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt, wäre es angebracht, daß sich alle maßgebenden Stellen, besonders auch der Stadtrat für unsere Bewegung etwas mehr interessieren würde.

Kuppurr

Die hiesige Ortsgruppe der Naturfreunde veranstaltete am Sonntag für die Kinder ihrer Mitglieder eine Autofahrt nach dem idyllisch gelegenen Ferienort der Naturfreunde in Morsbrunn. Als der Autobus morgens auf dem Dörsdorferplatz aufbrach, hatte keine große Zahl von Kindern und Erwachsenen. Der Jubel bei den Kleinen war groß, und in flotter, fröhlicher Fahrt sang dem Ziel entgegen. Im Heim angelangt, begann alsbald ein lustiges Treiben. Kleinere Ausflüge wurden unternommen, Spiele gemacht und die Kleinsten tummelten sich verträglich im neuangelegten Sandkasten, während die Älteren an dem ungesunden Leben ihre Freude hatten. So verbrachte der Sonntag im Auge, und es ist faher, daß diese schöne Fahrt, an der die hiesigen Kinder mit ihren Eltern teilnahmen, für viele von ihnen ein Erlebnis war, das wohl noch lange in ihrer Erinnerung haften wird. Die Kuppurrer Naturfreunde aber haben wiederum bewiesen, daß sie im Rahmen ihrer bescheidenen Mittel kein Opfer scheuen, um den Kindern eine Freude zu machen. G.

Veranstaltungen

Gründungsfeier des Deutschen Konfessionsrats. Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, findet im Eintratsaal ein Gelangabend von Schülern von Frau Bürg-Steinmann statt.

Ein großes Erntedankfest und Gedenkstunde am Montag, den 14. Juli, 20.30 Uhr, in der hiesigen Festhalle wird die jährlichen Veranstaltungen anlässlich des Badenener Helmutausmarsches (11. bis 14. Juli) beschließen. Zum Vorprogramm kommen nur Werte badischer Meister. Welches musikalische Gelingen diese Veranstaltung darstellt, belegen allein die Namen der Mitwirkenden: Komponist Julius Weismann-Friedburg (Klarinet), Franz W.

Wip, Direktor der Badischen Hochschule für Musik, Musiklehrer Hermann Haupt-Gelberberg, das Orchester des Bad. Landesballets unter Generalmusikdirektor F. Kriss und der Männergesangsverein Eberhard-Karlsruhe unter Leitung des Studienrats G. Wagner, Neben der Aufführung von Werken von Rieck, S. Weismann, Franz Volpert, H. Krant und S. M. Krauß ist die Aufführung „Verdugue“, symphonische Dichtung für großes Orchester von dem in Karlsruhe lebenden Komponisten Dr. S. Ufer vorgesehen. Um möglichst weiten Kreisen den Besuch dieser musikalischen Veranstaltung zu ermöglichen, sind für Saal und obere Galerie mäßige Einheitspreise festgesetzt. Der Kartenverkauf ist für das Karlsruher Publikum bestimmt am 7. Juli bei der Musikalienhandlung Fris Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und bei der Kunstausstellung 2 des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße.

Mittwoch-Nachmittagskonzert im Stadtpark. Beim Karlsruher Publikum erfreuen sich die beliebten Mittwoch-Nachmittagskonzerte im Stadtpark besonderer Beliebtheit. Dies kommt jeweils durch einen ganz besonderen starken Besuch zum Ausdruck. Am kommenden Mittwoch führt dieses Nachmittagskonzert, von 16-18 Uhr, das Gemischtsolisten-Orchester unter Leitung des Herrn Rudolf Kurt Gehr aus. Das vorgesehene Konzertprogramm bringt eine Auswahl der besten Werte aus der Romantikerzeit, so daß dem Musikliebhaber ein recht unterhaltendes Nachmittagskonzert im schönen Stadtpark beschaffen sein wird. Der Konzertbesuch kann bestens empfohlen werden.

Dienstag, den 8. Juli 1930.

Bad. Landesballet: Hier zuletzt laßt. 19 1/2 Uhr.
 Weismann-Gesellschaft: Sonntag: Zeitstücken.
 Union-Theater: Kundengebiet.
 Schauburg: Singspiel.
 Stadtpark: Konzert. 20 Uhr.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Quartalsabrechnung. Die Bezirkskassierer werden dringend ersucht, die Abrechnung für das abgelaufene Quartal (April, Mai, Juni) noch im Laufe dieser Woche zu erledigen.

Bezirk 23/24 Gartenstadt, Kuppurr und Dammershof. Trotz des schönen Sommerwetters erlaubt die Bezirksleitung, daß der vielerstehende Vortrag, der auf der Tagesordnung steht, unsere Mitglieder und Volksfreundleser zu zahlreichem Erscheinen veranlaßt in der am Donnerstag, 10. Juli, im Kindergarten stattfindenden Parteiverammlung. Anfang 20 1/2 Uhr. Stadtoberschulrat Gen. Kimmelman spricht über „Der Sozialismus als Kulturfrage“.

Arbeiterwohlfahrt — örtliche Erholungsfrage
 Am 4. August beginnt die Arbeiterwohlfahrt wieder mit ihrer örtlichen Erholungsfrage für vom Stadtschulrat für erholungsbedürftig befundene Schulkinder. Anmeldungen können täglich von 4-6 Uhr in der Geschäftsstelle Karl-Friedrich-Str. 22, 2. Stod, Zimmer 3, erfolgen und werden die Eltern gebeten, ihre Kinder jetzt anzumelden und nicht zu warten bis zu den letzten Tagen.

Bezirk Albstadt

Die gestern bekanntgegebene Verammlung fällt umfandehalber aus.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameraden. Die Ortsgruppe beteiligt sich laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 3. Juli an der Feier in Mainz. Die Fahrt wird mit Autos unternommen. Alle Teilnehmer müssen sich in die bei der Geschäftsstelle, Firtel 20, aufstehende Liste bis zum 10. Juli eintragen haben; das Fahrlohn (6.50 M.) muß bis zum 15. Juli einbezahlt sein. Kameraden, wir erwarten eine starke Beteiligung. Abfahrt Samstag, 19. Juli, nachmittags, Näheres folgt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 4. Juli: Regina Goll, Witwe, alt 80 Jahre. Karl Goll, Ehemann, Finanzrat, alt 68 Jahre. Hilipp Benz, Witwer, Kaufmann a. D., alt 81 Jahre. Anna Mann, alt 89 Jahre, ledig, ohne Beruf. Gabriel Juna, Witwer, Stadtarbeiter a. D., alt 75 Jahre. Karl Träger, Ehemann, Uhrmacher, alt 83 Jahre. — 5. Juli: Emma Rubin, alt 88 Jahre, Ehefrau von Karl Rubin, Stadtarbeiter. Maria Elbig, Witwe, alt 74 Jahre. (Wulach). — 6. Juli: Wilhelm Schneider, Ehemann, Fabrikarbeiter, alt 29 Jahre. (Wirk). Corie Karlsbach, Witwe, alt 72 Jahre. Beerdigung am 9. Juli, 11 Uhr.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unser Gebiet liegt am Ostrand des sehr mächtig gewordenen atlantischen Hochs in einem breiten Strome maritimer Luft, die auf der Rückseite des westrussischen Tiefs liegt. Auch morgen wird die Zufuhr der feuchten Luft anhalten.

Vorausichtliche Witterung für Mittwoch, den 9. Juli:
 Vorwiegend kühl und mäßig warm, streichweise Regenfälle mit nördlicher Luftzufuhr.

Wasserstand des Rheins

Basel 140, aelt. 10; Waldsbut 330, aelt. 17; Schusterinsel 207; Rehl 318, aelt. 16; Maxau 490, aelt. 6; Mannheim 371, aelt. 7 Stm.

Vereinsanzeiger

Die 10. Sektion des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Karlsruhe. Der 5. a. mehr Sektion 90 Dlg. die Sektion. Der 5. a. mehr Sektion 90 Dlg. die Sektion.

Karlsruhe Naturfreundejugend. Heute 8 Uhr Gymnastik in der Hebelsschule.

Durlach. Arbeiterwohlfahrt. Anmeldungen zur Kindererholungsfrage nehmen jeweils Mittwochs von 2-4 Uhr Frau Glockner, Weinarter Straße 22, und Frau Detel, Quer Straße 41, entgegen.

Verredacteur Georg Schöpflin. Verantwortlich: Polit. Preßrat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, ferner l. v. Gewerkschaftslozes, Reichstagen und Aus der Partei: E. Grünbaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten, ferner l. v. Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach. Geschäftsleitung: Josef Gafle. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Dräger. Eamilide Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H. Karlsruhe.

Schützt Käsiavögel, wariende Zugtiere und andere kleine Haustiere vor sengender Sonne und tränkt alle reichlich!

Aus Mittelbaden Albtal

Erlingen Gemeinderatsitzung vom 1. Juli 1930

Milchbändler Karl Wittmann von Spielberg erhält gemäß § 1 des Reichsgesetzes vom 23. 12. 1926 sowie auf Grund der Anordnung der Stadtgemeinde Erlingen vom 10. 3. 1927 die jederzeit widerrufliche Erlaubnis zum Handel mit Vollmilch im Stadteil der Spinnerei und Weberei.

Die Lieferung von 2 Aktienstrahlen und 2 Tischen für die Geschäftsräume des Grundbuchamts im Schloß sowie die Beifuhr von Kohlen und Koks für die städt. Anstalten werden vergeben.

Der städt. Schuppen im Schlachthof (früher Schlachtenmeier), der entbehrlich geworden ist, soll abgebrochen und auf dem städt. Gutshof im Hagbruch unter gleichzeitiger Einrichtung eines Pferdehalses aufgestellt werden, da für die Vieh- und Pferdehaltung des Gutspächters nicht genügend Raum vorhanden ist und auch zur Unterstellung von Geräten, Maschinen usw. ein Schuppen fehlt.

Eine infolge Kündigung freierwerdende städt. Wohnung am Lindgarten wird entsprechend dem Vorschlag des Wohnungsamts anderweitig vermietet.

Die Zuweisungen von Brennstoff und Geldbeiträgen an die kath. und evang. Kinderschulen seitens der Stadtgemeinde werden im Hinblick auf die im vergangenen und laufenden Jahr neu eröffneten beiden (kath. und evang.) Kinderschulen ab 1. April 1930 neu geregelt.

Einen Antrag um Erlaubnis zur Aufstellung eines Gemüleeverkaufsstandes auf städt. Eigentum in der Leewaldstraße kann aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht stattgegeben werden.

Die Schätzung eines Wohnhausneubaus durch die Schätzungskommission wird bekräftigt.

Die Kassenstandsberichtigungen der Stadtkasse und Nebenkassen für den Monat Juni 1930. Ss. werden bekanntgegeben.

Die badische Landesbauparlatte. Der Badische Sparkassen- und Giroverband hat unter dem Namen „Badische Landesbauparlatte“ eine Bauparlatte nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit errichtet. Die Aufgabe der Bauparlatte ist die Ansammlung von Spargeldern zum Zweck der Gewährung von unfündbaren zu 4 Proz. verzinslichen Tilgungsdarlehen für den Bau von Eigenheimen, Erwerb von Wohnhäusern und Ablösung höherverzinslicher Hypotheken. Die Badische Landesbauparlatte arbeitet vollkommen gemeinnützig. Im Gegensatz zu andern Bauparlaten ist die Badische Landesbauparlatte in der Lage, mit unbedingter Sicherheit die längste Wartezeit anzugeben, innerhalb derer jeder Bauparlaten sein Darlehen erhält. Eine Benachteiligung derjenigen Sparer, welche nur in der Lage sind, ihre normalen Leistungen zu machen, durch solche, welche infolge besonders günstiger Einkommens- oder Vermögensverhältnisse Sonderleistungen machen können, kann bei dem System der Badischen Landesbauparlatte im Gegensatz zu dem System aller anderen Bauparlaten nicht stattfinden. Anträge auf den Abschluß von Bauparlaten können von allen öffentlichen Sparkassen sowie der Badischen Landesbauparlatte entgegengenommen werden. Wir verweisen auf den am kommenden Mittwoch, den 9. Juli 1930 in Erlingen stattfindenden Vortrag des Herrn Regierungsrats Goll vom Bezirksamt Albstadt.

Murgtal

Kastatt Sommerachtsfest der Arbeiterkassabund

Der 5. Bezirk des Ganes Baden des Arbeiter-Kassabundes Solidarität Kastatt hält am kommenden Samstag, 12. Juli, sein traditionelles Sommerachtsfest ab. Diesmal ist die Ortsgruppe Kastatt mit der Durchführung dieses Festes beauftragt worden. Das Programm ist folgendes: 7 1/2 Uhr Treffpunkt der einzelnen Ortsgruppen und Aufstellung des Sommerausges mit Musik durch die verschiedenen und bekannten Staben der Stadt nach dem Gewerkschaftshaus „Hotel Kreuz“. Dortselbst gemütliche Unterhaltung mit musikalischen, gesanglichen und afro-badischen Aufführungen. Bei dieser Gelegenheit werden einige hundert Radfahrer aus dem Bezirk in Kastatt eintreffen und an dem Kampionzug und den übrigen Veranstaltungen teilnehmen. Die Kastatter freizeitanthaltete Arbeiterkassabund ist mit der schönsten Wirtschaftslage sehr zurückhaltend. Aber einmal im Sommer darf sie sich ein bescheidenes Fest gönnen, um für einige Stunden die schweren Alltagsorgen zu vergessen. Er ergeht deshalb an alle Freunde des Arbeiterports die Bitte, am kommenden Samstag Abend zu Ehren der Auswärtigen Sportgenossen an diesem Sommerachtsfest teilzunehmen.

Oostal Baden-Baden

Ausbau der Volksschule

In Fach- und Tageszeitungen wird trotz Wirtschaftsnote das Problem der Volkserziehung in mannigfacher Form mit oft auseinander liegenden Erziehungsziele leidenschaftlich erörtert. Die badische Staatsregierung nimmt im Amtsblatt Nr. 16 zur Lösung dieser Volksaufgabe eingehend Stellung. Es wird zum Aufgabekreis unserer sozialistischen Bürgerausgleichsmittel und Gemeinde- und Stadträte gehören, wenn anlässlich der Staatsberatungen und Schulkommmissionsitzungen der schulfische Ausbau und die Vervollkommnung des Unterrichts im Volksschulbetrieb auf den Beratung stehen, in grundsätzlicher Weise parteipolitisch dementsprechende Anträge zu stellen.

Im Sinne der Richtlinien des bad. Unterrichtsministeriums referierte Gen. Stadtschulrat A. Kimmelman (Karlsruhe) am 4. Juli in Baden-Baden vor seinen Berufsgenossen über die staatspolitischen Maßnahmen. Gemäß §§ 35 und 38 des badischen Schulgesetzes kann durch Gemeindefesthalten in den Volksschuloberklassen Handfertigkeits- und Fremdsprachunterricht eingeführt werden als wahlfreier oder allgemeinverbindlicher Unterricht. Alle arbeitnehmenden Volkstriebe haben ein lebhaftes Interesse an diesen Lebens- und Ausbildungsfragen, denn über 90 Proz. der badischen Einwohnerzahl erhalten nur Volksschulausbildung. Die erstrebte Lebensstellung des Einzelnen im heutigen Wirtschaftslampe der Rationalisierung und Arbeitslosigkeit erfordert die alsbaldige Verbesserung der Stoff- und Lehrpläne, einen weiteren Klassenaufbau in Form eines 9. Schuljahres und eine gründlichere Vertiefung des Stofflichen. Große Volkserziehung stehen auf dem Spiel. Unser gelantes Schulwesen krankt an der realen Tatsache, daß die Ueberbürdung von einer Schulart zur anderen dem Schüler die hemmendsten Widerstände bieten. Die geplante Einführung des Handfertigkeitsunterrichts ist dringendes Erfordernis.



